Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1899

295 (15.12.1899) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 15. Dezember 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

122. Sitzung vom 14. Dezember.

Das Haus ist gut besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, v. Goßler, Thielen, v. Bülow, Frhr. von Thielmann, Tirpitz, Frhr. v. Rheinbaben, Schoenstedt u. A.

Die erste Berathung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Thielen:** Wenn der Zeitungsbericht über die gestrige Sitzung richtig ist — ein amtliches Stenogramm habe ich noch nicht einsehen können —, so hat Herr v. Kardorff gestern in Bezug auf die vorjährige Kanalvorlage gesagt: „Den Ausführungen des Abg. Dr. Sattler über den Kanal könne er nicht zustimmen. Für Kanäle mit Wasser interessire sich jeder; hier aber liegen technische Unmöglichkeiten vor. Das seien Kanäle ohne Wasser, die unsere unfähigen Wasserbautechniker bauten." — Diese unglaubliche, durch nichts begründete Beleidigung, welche Herr v. Kardorff unseren Wasserbautechnikern zugefügt hat, hat der Vicepräsident dieses hohen Hauses gestern bereits zurückgewiesen. Es liegt mir fern, an dieser Zurückweisung irgend eine eine Kritik ausüben zu wollen. (Heiterkeit.) Ich kann nur hinzufügen, daß die allgemeine hohe Anerkennung, welche in aller Welt den preußischen Wasserbautechnikern zu Theil geworden ist und heute noch zu Theil wird, und die sich darin ausdrückt, daß ihr Rath und ihre Hilfe bei fast jedem großen Wasserbauwerke in Anspruch genommen wird, durch die Behauptung des Herrn von Kardorff in keiner Weise beeinflußt werden kann. (Beifall.) Was dann ferner die von dem Abg. v. Kardorff behauptete technische Unmöglichkeit betrifft, den Mittellandkanal mit genügendem Wasser zu versehen, so beweist dieser Ausspruch mir nur entweder, daß er die technische Begründung der Kanalvorlage nicht gelesen hat (Heiterkeit), oder daß er beim Mangel jeglicher technischen Kenntnisse sie nicht verstanden hat. (Große Heiterkeit und Beifall.) Herr v. Kardorff wird sich über den Kanal im Abgeordnetenhause auseinandersetzen. Aber weil er gesagt hat, für Kanäle mit Wasser interessire sich jeder, also auch Herr v. Kardorff (Heiterkeit), und da der mathematische Beweis geliefert werden kann auch selbst Herrn v. Kardorff (Heiterkeit), daß der Mittellandkanal hinreichend Wasser hat, so ist mit Leichtigkeit zu erreichen, daß bei einer erneuten Vorlage des Mittellandkanals Herr v. Kardorff diesem Projekt seine Zustimmung giebt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Richter** (freis. Vkp.): Wenn der Herr Eisenbahnminister gestern hier gewesen wäre, würde er sicher auch den Eindruck gehabt haben, daß sich über die Rede des Herrn v. Kardorff keiner aufgeregt hat, sondern daß sie lediglich zur Erheiterung diente. (Große Heiterkeit). Herr v. Miquel war gestern auch wieder einmal hier. Lang, lang ist's her, daß der Reichstag ihn in seiner Mitte gesehen hat. Die Wasser müssen schon ziemlich hoch gegangen sein, daß sie ihn bis an die Pforte des Reichstags spülten. (Heiterkeit.) Herr v. Miquel hat dann versucht, durch demonstrative Flottenbegeisterung seine Position auch nach der anderen Seite zu befestigen. (Sehr richtig! links). Von Zeit zu Zeit sah ich den Alten gern, es ist nur schade, daß Herr v. Miquel nicht etwas länger geblieben ist, und nicht die Rede des Herrn v. Kardorff mit angehört hat, namentlich die Stelle, wo Herr v. Kardorff von der verfassungswidrigen Maßregelung der Landräthe im preußischen Abgeordnetenhause sprach. Herr v. Kardorff sagte zwar, er wisse, daß Herr von Miquel daran nicht betheiligt gewesen sei. Wenn Herr von Kardorff Muselman gewesen wäre, würde er vielleicht gesagt haben: Allah weiß es besser! (Stürmische Heiterkeit.) Herr v. Kardorff ist aber kein Muselman, da hätte er eben sagen können: Fürst Hohenlohe weiß es besser! (Erneute Heiterkeit.) Herr von Miquel meinte, nach seiner Praxis sei es nicht üblich, Reden des Monarchen einer Kritik zu unterziehen. Unter den früheren Monarchen kam es auch nicht vor, daß Angelegenheiten des Reiches öffentlich besprochen wurden. (Sehr richtig!) Wenn der Monarch aber von seiner hohen privilegirten Stelle aus von seiner Redefreiheit Gebrauch macht, so ist es unsererseits unsere Pflicht, von unserer Redefreiheit Gebrauch zu machen. (Beifall links.) Wie Du mir, so ich Dir, und wie man in den Wald hineinruft, so schallt es aus dem Wald heraus. Hier aber lag noch eine ganz besondere Veranlassung vor. Der Reichstag war in jener Rede ganz ungerechtfertigten Anschuldigungen unterworfen worden, es wurde gesagt, daß der Reichstag 8 Jahre lang beharrlich die Verstärkung der Flotte abgelehnt und das Wohl des Ganzen den Parteien untergeordnet hätte. Um sich gegen solche Anschuldigungen zu vertheidigen, dazu bedarf es nicht erst des Mannesmuthes vor Königsthronen, das ist einfach selbstverständlich. Wenn ein einfacher Privatmann solche Vorwürfe erhebt, so ist der Reichstag zu vornehm, um seine Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung zu ertheilen. Wenn aber von solcher Stelle aus Vorwürfe erhoben werden, so ist es die Pflicht des Reichstags, sich dagegen zu vertheidigen. Die Herren, die die Rede vertheidigt haben, haben gar nicht von demjenigen gesprochen, wogegen sich die Kritik Dr. Liebers richtete, nämlich von den retrospektiven Betrachtungen, von der Behauptung, daß in den ersten 8 Jahren beharrlich die Mittel für die Flotte verweigert worden seien. Was ist denn in den Jahren abgelehnt worden? In der Hauptsache doch nur zwei Panzerkreuzer, zwei Küstenpanzer. Die Regierung selbst aber hat bald darauf von dieser Type Abstand genommen, in dem neuen Flottengesetz sind die Küstenpanzer auf den Aussterbeetat gesetzt, d. h. wenn die noch vorhandenen unbrauchbar geworden sind, sollen sie nicht wieder erneuert werden. Der Reichstag hat also nur die Kosten für zwei Schiffe gespart, die die Regierung selbst nicht mehr für zweckmäßig hält. Dann sind vier bis fünf Kreuzer oder Avisos — die Namen wechseln ja fortwährend — in den Jahren abgelehnt worden. Diese kleinen Schiffe sind aber nur deshalb zurückgestellt worden, weil die Regierung selbst ihre Ansichten über den Werth dieser Schiffe geändert hat. Später sind jedoch die Schiffe, wenn auch unter anderem Namen bewilligt worden. Deshalb ist es aber ganz ungerechtfertigt, wenn man davon spricht, daß unsere Seemacht darunter gelitten hätte. Die Zurückstellung fiel aber in die Jahre 1893—95, wo die großen Steuerforderungen kamen. Damals mußte der Reichstag sich große Mühe geben, um den Etat zu bilanziren, und da mußten allerdings, wenn man nicht enorme neue Steuern bewilligen wollte, auch von dem Marineetat Abstriche gemacht werden. Denn man konnte doch nicht die Marine über das Wohl des großen Ganzen stellen. In Wirklichkeit ist in den ersten Jahren der Regierung des jetzigen Kaisers das Extraordinarium der Marine von 107 auf 260 Millionen, also um mehr als das Doppelte gestiegen (Hört! hört!), während das Ordinarium sich um 50 Prozent erhöht hat. Wie kann man da sagen, daß Alles beharrlich abgelehnt worden ist! Der Reichskanzler hat sicher keine Ahnung davon gehabt, daß solche Reden gehalten würden. Der Staatssekretär Tirpitz war freilich zugegen, aber ich nehme an, daß ihm die Rede vorher nicht mitgetheilt worden ist. Denn wäre sie ihm vorher mitgetheilt worden, so hätte er kraft seiner ressortmäßigen Verantwortlichkeit verbüten müssen, daß mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmende Behauptungen aufgestellt würden. Die Rede ist vorher im Wortlaut festgestellt worden. Es wäre sonst ihre frühzeitige Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" nicht möglich gewesen. Wird doch sogar behauptet, daß die Rede früher, als sie gehalten, in die Druckerei des „Reichsanzeigers" geschickt worden ist. (Hört! Hört!) Der Minister von Miquel meinte gestern, der Kaiser bedürfe keines Rathgebers. Aber die Thatsache, daß Reden, die so wenig mit der Wirklichkeit übereinstimmen, gehalten werden, beweist gerade das Gegentheil. Auch später hat ja Niemand von der Regierung sich veranlaßt gesehen, die unrichtigen Behauptungen jener Rede hier zu vertreten, kein Rittersmann, kein Knappe ist aufgetreten (Heiterkeit), um Herrn Dr. Lieber auf seine Bemängelungen zu antworten. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky sagte gestern, es sei nöthig, wenn man Reden des Monarchen hier zur Sprache bringe, sich an die verfassungsmäßig verantwortlichen Minister zu halten und diesen gegenüber die Kritik zum Ausdruck zu bringen. Ich bin ganz damit einverstanden, aber zu diesem Zwecke muß doch ein verantwortlicher Minister da sein (Sehr gut! links), er muß erkennbar sein. Es ist jedoch in keiner Weise äußerlich hervorgetreten, ob irgend ein Minister bereit ist, die Verantwortung für diese Ausführungen in der Rede zu übernehmen. Fürst Bismarck warnte einmal davor, daß sich der König ohne ministerielle Bekleidungsstücke sehen lasse. Wenn die ministeriellen Bekleidungsstücke in einem solchen Falle aber nicht vorhanden sind, so können wir doch nicht wie das Volk in dem bekannten Stück von Ludwig Fulda so thun, als ob wir die Bekleidung sehen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Solche Reden sollten dem Minister vorher unterbreitet werden, damit er sich in Uebereinstimmung halten kann mit seinem eigenen Gewissen und mit dem, was er bereit ist, zu vertreten. (Sehr richtig! links.) Die ganze Art, wie dieser Flottenplan vorbereitet ist, ist so charakteristisch für unser Regierungssystem, daß man nicht eingehend genug darüber sprechen kann.

Wie war es denn? Im September ging das Regierungsprogramm dahin, keine Militär- oder Marineforderungen an den Reichstag zu begeben. Der Reichskanzler war am 14. Oktober nach Baden-Baden gereist. Als der Staatssekretär Tirpitz von seiner bekannten Reise zurückkehrte, da verkündete die offiziöse „Norddeutsche Allgem. Ztg.", es werde dem Reichstage bestimmt keine Flottenvorlage in dieser Session zugehen. 24 Stunden später schon wehte ein anderer Wind. Der Staatssekretär hatte Vortrag im Neuen Palais gehalten, und nun reiste er sofort dem Reichskanzler nach Baden-Baden nach, um dessen Placet für den Flottenplan zu gewinnen. Das ist ja auch höchst eigenthümlich: die maßgebenden Personen sind mehr auf Reisen, als es sonst üblich ist, und wenn ein Beschluß der Regierung erzielt werden soll, so muß immer einer dem anderen nachreisen. (Heiterkeit.) Wir haben gewissermaßen eine Regierung im Umherziehen. (Heiterkeit.) Bei den alten Deutschen war das ja auch schon so. (Heiterkeit.) Sonst ist es Mode, daß sich der Kanzler mit dem Monarchen verständigt und sich dann an die ihm untergebenen Staatssekretäre wendet. Hier ist es umgekehrt, hier verständigen sich zwei dem Reichskanzler untergebene Staatssekretäre mit dem Monarchen und suchen nachträglich das Placet des Reichskanzlers zu gewinnen. Natürgemäß ist der Reichskanzler dann schon präjudizirt, es wird ihm schwer, eine abweichende Meinung zu haben. Schon drei Tage später erfolgte dann die offiziöse Ankündigung des Flottenplanes. Woher ist dieser Plan eigentlich gekommen? Ist er im Reichsmarineamt ausgearbeitet oder im Marinekabinet? Die Frage ist nicht ganz überflüssig. Wir haben es ja in der Budgetkommission im Jahre 1896 gesehen. Da kam plötzlich der Staatssekretär Hollmann aus Wilhelmshaven aus der Umgebung des Monarchen zurück und theilte uns die sogenannte Niederschrift mit, von der bis dahin niemand eine Ahnung gehabt hatte. In der Budgetkommission wurde widerspruchslos festgestellt, daß, bevor Herr Hollmann den Plan mittheilte, weder der Reichskanzler noch der Schatzsekretär die geringste Kenntniß davon hatten. (Hört! hört! links und im Centrum.)

An die Veröffentlichung des neuen Flottenplans schloß sich eine rege Agitation. Die Regierung deckte ihre Handlungen nicht mit ihrem Namen, sondern Alles wurde veröffentlicht unter der Verantwortlichkeit eines Herrn Dr. Lauser und anderer unbekannter Herren. Wozu überhaupt die Eile? War das etwa auch die Inkarnation der Nervosität? (Heiterkeit.) Praktische Bedeutung sollte die ganze Sache doch erst vom Jahre 1901 gewinnen. Was hatte die Veröffentlichung für einen anderen Zweck, als den, alle Instanzen schon vorher zu präjudiziren. (Sehr gut! links.) Nachher soll ja Herr Tirpitz bei den Einzelregierungen herumgereist sein, um sie über den Plan zu informiren. Wie stimmt das mit dem Grundsatz überein, daß zu großen Vorlagen die Vertreter der Einzelstaaten vorher hinzugezogen und um ihre Absicht gefragt werden? Dem Bundesrath ist nicht mehr mitgetheilt, als in den Zeitungen stand. Soll der Bundesrath zu einer bloßen Registrirbehörde des Willens von oben herabgedrückt worden? Große Vorlagen dürfen nicht sich anschließen an Trinksprüche und Festreden. Das ist es, was uns bitter noth thut, mehr als eine starke Schlachtflotte. (Sehr gut! links.) Wir wollen keine Kabinetsregierung, weil wir aus der Geschichte wissen, wie viel Unheil dadurch angestiftet wird. (Sehr wahr! links.) Selbst ein Mann, der politisch so weit entfernt von uns ist, wie Herr von Kardorff, konnte sich gestern dem Bedenken nicht entschlagen, ob sich nicht schon die Ministerverantwortlichkeit in der Weise zu verflüchtigen beginne, daß sie sich nur beschränke auf dasjenige Maß von Verantwortlichkeit, was auch Minister in absoluten Staaten in früheren Jahrhunderten hatten, nämlich durch ihre Unterschrift nur zu beglaubigen, was der Fürst will oder nicht. Eigentlich könnten wir ja eine große Genugthuung darüber empfinden, daß es genau so gekommen ist, wie wir den Herren bei Annahme der vorigen Flottenvorlage voraussagten. Sie glaubten nun Ruhe zu haben, wir aber sagten schon damals: Jetzt wird es heißen „Volldampf voraus"; ermuthigt durch den Reichstag wird man immer mehr verlangen. Der Abg. Bebel sagte neulich, die Geschäftspatrioten hätten die Regierung geschoben. Herr Tirpitz verwahrte sich dagegen, aber seine Rede wirft ein neues Bild auf die Entstehungsgeschichte des Flottenplans, er hat enthüllt, daß er den Industriellen die Pläne der Regierung mitgetheilt hat. Darin liegt der Schlüssel für den Beginn der Agitation der Geschäftspatrioten. (Sehr gut! links.) Die Herren hatten die Absicht der Regierung kennen gelernt, was lag ihnen näher, als ein bischen nachzuhelfen? (Sehr gut! links.) Die politischen Parteien sprachen nichts von einer Flottenvermehrung, die ganze Agitation im Mai und Juni ging von diesen Geschäftspatrioten aus, und selbst die „Kreuzzeitung" wandte sich noch im Frühjahr gegen dieses Gebahren und schrieb, in maßgebenden Kreisen herrsche wenig Neigung zu einer Vermehrung der Flotte. Die „Kreuzzeitung" wußte eben nicht, daß damals schon Herr Tirpitz umhergereist war und in diskreter Weise den Herren Mittheilung gemacht hatte. Nun setzte die Agitation der Miquel-offiziösen politischen Nachrichten ein, Herr Schweinburg wurde zum Sekretär des Flottenvereins ernannt, Herr von Zedlitz, der Freund des Herrn von Miquel, schrieb seine Artikel in der „Post". Auch er wußte offenbar von den diskreten Andeutungen. So ging der Spektakel, den man Volksbewegung nannte, los. Dann kam eine kleine Pause und im September ging es wieder los. Noch der letzte Artikel, den Herr v. Zedlitz für die „Post" schrieb, wo er seine Honorarrechnung mit einschickte (Heiterkeit), war in diesem Sinne geschrieben. Die Mittheilung des Herrn Tirpitz hat ein interessantes Licht auf die Vorgeschichte des Entwurfs geworfen. (Sehr gut! links.) Das muß ich offen sagen: Daß es schon nach 1½ Jahren so kommen würde, wie wir es vorausgesagt haben, das hätte ich nicht gedacht. Im Einzelnen ist uns der Plan ja noch nicht bekannt; aber die Kosten sind uns schon mitgetheilt. Der Schatzsekretär berechnet sie auf 783 Millionen, er vergißt aber, daß zu diesen 783 Millionen Anleihen noch das hinzukommt, was aus laufenden Mitteln bestritten wird. Dieser Flottenplan würde thatsächlich an Mehrkosten in 16 Jahren 2057 Millionen, also mehr als 2 Milliarden betragen. (Hört, hört! links.) Der Schatzsekretär hat noch keine schweren Jahre durchgemacht, er weiß nicht, wie wir in früheren Jahren von allen Finanzministern, bis zum Meiningenschen herunter, fort und fort bedrängt wurden. Lassen Sie nur erst wieder schwere Jahre kommen! Und wenn in Zukunft sich die Einnahmen steigern sollten, ist dann die Marine allein werth, daß man die Ausgaben für sie erhöht? Mit den Einnahmen steigen auch die Ausgaben. Aber man ist jetzt wie hypnotisirt von der Flotte. Navigare necesse est, vivere non est necesse, heißt es jetzt. Alles Andere muß hinter der Marine zurücktreten. Wir haben viel dringendere Aufgaben zu erfüllen, als die Vermehrung der Flotte. Wir müssen sehen, größere Mittel für die Invalidenentschädigung zu schaffen. Auch der Militär-Etat wird immer höher werden im Ordinarium und besonders auch im Extraordinarium. Abwechselnd, einmal zu Wasser und einmal zu Lande, steigern sich die Ausgaben. Im vorigen Winter ist das Quinquennat angenommen worden, und jetzt ist die Flottenvorlage da. In dem Etat ist auch eine Summe von 600 000 Mark vorgesehen zur Prüfung von neuen Feuerwaffen. Man denkt also wieder an die Einführung neuer Gewehre; das verursacht doch auch hohe Kosten. Und dann der Kolonial-Etat. Kiautschou der Platz in der Sonne (Heiterkeit), ist uns schon recht theuer zu stehen gekommen. (Sehr richtig! links.) Abgesehen von Kiautschou, sind die Zuschüsse für unsere anderen Kolonien von 11 auf 22 Millionen gesteigert worden in den letzten Jahren. Hier zieht eins das andere nach sich. Die Rentabilität der Usambara-Bahn wurde uns vorher sehr günstig geschildert. Das hat sich auch nicht bewahrheitet. Für die ostafrikanische Centralbahn ist eine erste Rate von 120 000 Mark gefordert. Die ersten Afrikaforscher, Schweinfurth, Hans Meyer, protestiren gegen diese Bahn. Nach den Kosten der Kongobahn berechnet, würde diese Bahn 252 Millionen kosten, d. h. soviel wie der Rhein-Elbe-Kanal. Werden Sie (nach rechts) hier auch so vorsichtig sein? (Sehr richtig! links). Das Konsortium, welches sich für die Bahn gebildet hatte, zieht sich jetzt vollkommen zurück und will von der Sache nichts mehr wissen. Es ist nicht angebracht, daß das Reich sein Kapital in solche Unternehmungen steckt. Der hohe Zinsfuß rührt ja nicht von der Goldwährung, sondern von dem Mangel an Kapital her.

Bei dem Flottenplan handelt es sich nur um eine Deplazirung von Kapital. Den großen Unternehmern können natürlich nicht Schiffe genug gebaut werden, trotzdem sie Aufträge genug haben, und trotzdem kaum das Material beschafft werden kann, denn es herrscht Eisenneth, meine Herren! (Sehr richtig!) Wenn man sich erinnert, wie man uns vor 3 bis 4 Jahren noch angejammert hat im Abgeordnetenhause, daß man diese und jene wichtige Kulturaufgabe gern erfüllen würde, wenn nicht die Mittel fehlten, und wenn man jetzt sieht, wie einer den andern überbietet, die Lage so rosig wie möglich zu schildern, um neue Schiffe zu bekommen, so muß man sich fragen: Was ist auf alle solche Schilderungen überhaupt zu geben? Werden die Rufe nach neuen Steuern ausbleiben? Wagner ist ja schon jetzt der Meinung, daß Tabak und Bier noch lange nicht genug besteuert sind. Diesem Finanzprofessor (Heiterkeit) kann ja überhaupt mit neuen Steuern nicht genug gethan werden; alle Arten von Steuern, die nur möglich sind, würden ihm recht sein. Wenn die Herren sich so sehr interessiren für neue Schiffe, dann sollten sie doch auch selbst etwas dazu beitragen. Es wäre vielleicht ganz schön, dabei zu denken an eine Besteuerung der Civilisten. (Sehr gut! links.) Ich denke dabei nicht blos an Standesherren, sondern höher hinauf, — sehr hoch sogar. (Sehr gut! links.) Für mich besteht kein Zweifel darüber: Wenn das Bedürfniß nach mehr Geld besteht, so wird man dahin drängen, es durch Vermehrung der Zölle zu befriedigen. (Sehr richtig! links.) Herr Schweinburg hat ja auf die Getreidezölle schon hingewiesen. Mir war es sehr merkwürdig, daß an demselben Abend, an dem der Flottenplan bekannt wurde, in den „Berliner Politischen Nachrichten" auch schon der ganze Finanzplan erschien. Jedenfalls muß dann doch der Finanzplan sehr nahe an der Stelle entstanden sein, wo auch der Flottenplan entstanden ist. (Sehr richtig! links.) Und wenn auch vielleicht die Mittheilungen der „Berliner Politischen Nachrichten" nicht im Einzelnen ganz zutreffen, die Neigung zur Erhöhung der Getreidezölle ist ohnehin vorhanden. (Sehr richtig! links.) Alle Herren, die keine Getreidezölle wollen, mache ich schon jetzt für die Konsequenzen verantwortlich, wenn sie dem Flottenplan zustimmen. Dieser erweiterte Flottenplan ist eine Erschwerniß des Zustandekommens der Handelsverträge (sehr richtig! links), und welcher Schade in einer solchen Erschwerniß liegt, darüber bitte ich die Herren, bei Zeiten nachzudenken. Man kann die Einnahmen nicht im Voraus binden, deshalb soll man auch die Ausgaben nicht binden im Voraus (Sehr richtig! links.) Gebrannte Kinder scheuen das Feuer; man sagt sogar, gebrannte Katzen scheuen das Feuer. (Heiterkeit.) Soll der Reichstag denn nicht so klug sein wie die Kinder? (Sehr gut! links.) — von den Katzen gar nicht zu reden. (Große Heiterkeit.) Soll der Reichstag nun eine neue Bindung eingehen auf das Wort desselben Staatssekretärs hin, der uns eben gezeigt hat, wie wenig er in der Lage war, an seinem früheren Worte festzuhalten? (Sehr gut! links.) Nun sagt der Staatssekretär, seine Aeußerung, selbst eine Seemacht ersten Ranges würde sich nach dem früheren Flottengesetz dreimal bedenken, uns anzugreifen — dieses Wort sei nur eine unglückliche Ausdrucksweise gewesen. Was soll man denn auf die Erklärungen der Herren überhaupt noch geben, wenn sie sich in dieser Art herauszureden suchen? Je mehr sich der Staatssekretär herausreden sucht, desto mehr redet er sich herein! (Sehr richtig!) Er sagt dann weiter, in seinem Innern habe er schon damals nicht geglaubt, daß man mit den Forderungen nicht auskommen werde. Wenn der Staatssekretär das damals gesagt hätte, dann würde Jedermann von uns eingesehen haben: Es soll sich nur um eine einseitige Bindung des Reichstags, nicht um eine Bindung der Regierung handeln, und die Wirkung seiner Worte würde in ihr Gegentheil umgeschlagen sein. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Früher hat man gemeint, die Sprache sei für die Diplomaten nur dazu erfunden, um die Gedanken zu verbergen, jetzt scheint sie auch für die Admirale nur zu dem Zwecke erfunden zu sein! (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Im Januar erklärt er noch etwas ganz ernsthaft, im April bereitet er schon das Gegentheil vor. Ja, wenn Herr Tirpitz gesagt hätte: Im Jahre 1898 ist es mir befohlen worden, so zu sprechen, wie ich gesprochen habe, und im Jahre 1899 ist mir befohlen worden, anders zu sprechen. Ich bin damals Zick gesteuert, und jetzt steuere ich Zack (große Heiterkeit); ich mache jeden Zickzackkurs mit! — Das würde sich ja allerdings mit der Stellung eines Ministers nicht vertragen, aber als Admiral, der da gehorcht, wie ihm befohlen wird, würde man ihm menschliches Verständniß entgegenbringen. — So aber, wie die Sache jetzt liegt, fehlt ihm jedes Mittel, um aus seiner unhaltbaren Situation herauszukommen. (Sehr richtig! links.) Wenn man sieht, wie kühl seine Erklärungen von allen Seiten dieses Hauses aufgenommen worden sind, dann ist es klar für Jeden, daß die von ihm beliebte Art des Verhaltens allgemein verurtheilt wird. (Sehr richtig! links.) Ich wollte doch einmal einen Kriegsminister sehen, der jetzt schon feststellen wollte, welche Regimenter, welche Waffengattungen u. s. w. im Jahre 1908 erforderlich sind. Das ist garnicht möglich, denn im Artilleriewesen z. B. werden fortwährend Umgestaltungen nöthig. Ist es denn im Schiffsbau anders? Dort sind die Veränderungen noch viel größer. Die früher bewilligten Schiffe stellen sich ja auch schon um 17 bis 20 Proz. theurer, als veranschlagt war. (Hört, hört! links.) Er sagte, die Löhne hätten sich gesteigert. Nun, man darf wohl von einem Ressortchef verlangen, daß er derartiges wenigstens als möglich voraussieht, er aber hat es als so gut wie sicher bezeichnet, daß die Limitirung innegehalten werde. Ich wende mich jetzt zu Herrn v. Bülow. Seine Sorgen drehen sich darum, wie etwa eine Botschaft von Mac Kinley ausfällt, oder eine Thronrede der Königin Victoria. Wie geringschätzig denken heißt es von den großen Erfolgen des Krieges von 1870, von der Bismarckschen Politik und der Einigung Deutschlands, von allen späteren Errungenschaften, wenn er jetzt plötzlich meint, es könnten die Zeiten der fünfziger Jahre wiederkehren, wenn wir nicht 8, 9, 10 neue Schiffe haben? (Sehr gut! links.) Herr von Bülow hat eine schöne Rednergabe; es steigen ihm die Gedanken hoch empor, wie prasselndes Feuerwerk, aber am Schlusse muß man sich immer erst fragen: Was hat er denn eigentlich gesagt? (Heiterkeit.) Ich habe mir extra das amtliche Stenogramm durchgelesen, um zu sehen, ob ich nicht doch etwas überhört hätte. Aber auch da fand ich nichts! (Heiterkeit.) Er hat nur Gründe angeführt, die man bei jeder Flottenvorlage vorbringen kann, es war eine reine en-tout-cas Flottenrede. (Heiterkeit). Dann sprach er davon, was sich Alles in den zwei Jahren verändert hätte. Aha! dachte ich, nun kommts! (Heiterkeit). Aber dann sprach er wieder davon, daß in jedem Jahrhundert einmal eine große Liquidation stattfände. Ja, wenn man solche Gründe braucht, dann kann man die Nothwendigkeit der Flottenvermehrung auch aus der Völkerwanderung herleiten. (Stürmische Heiterkeit). Da reisen jetzt auch die Professoren im Lande herum und halten Flottenvorträge. Ich wundere mich, daß diese Professoren, die bekanntlich Alles beweisen können, nicht auch die Nothwendigkeit einer Flottenvermehrung aus der Arche Noah herleiten. (Stürmische Heiterkeit.) Denn wo wären wir hingekommen, wenn Noah keine Flotte gehabt hätte. (Erneute große Heiterkeit.) Auch vom spanisch-amerikanischen Kriege sprach der Staatssekretär. Nun, selbst wenn wir die stärkste Flotte gehabt hätten, würde doch Keiner wohl so dumm gewesen sein, sich einzumischen. Der spanisch-amerikanische Krieg beweist uns, daß keine Macht in entfernten Gegenden mehr Kolonien besitzen soll, als im Verhältniß zu seiner Macht steht. Wie kann man überhaupt immer in der Weise den spanisch-amerikanischen Krieg in Betracht ziehen. Kriege hat es immer gegeben, und einer ist immer unterlegen, das liegt in der Natur der Sache. Fürst Bismarck schenkte selbst Kriegen, wie dem russisch-türkischen, keine Beachtung und sagte, solche Kriege seien nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers werth, obwohl dort doch die Interessen Deutschlands weit mehr berührt wurden, als durch die heutigen Kriege. Es ist schade, daß es gewünscht wurde, jetzt nicht über Samoa zu sprechen. Aber besser als es geschehen ist, konnten wir doch aus der leidigen Frage kaum herauskommen. Ueberdies entlastet jetzt Samoa doch gerade unsere Flotte. Der Regierungsvertreter sagte ferner, unsere Interessen in Amerika seien aus Mangel an Schiffen nicht genügend geschützt, aber acht Kreuzer sind doch gegenwärtig noch im Bau. Wie kann man da die alten Gründe für die 1897er Flottenvorlage nochmals anführen und von einer Kreuzernoth sprechen? Das heißt doch, eine bezahlte Rechnung noch einmal präsentiren. Im Kriege Englands mit den Boeren sind wohl die Sympathien eines Jeden von uns auf Seiten der Boeren, jeder Sieg der Boeren wird geradezu mit Jubel begrüßt. Darüber kann kein Zweifel sein. Aber etwas Anderes ist es mit der Sympathie der Völker und der Politik der Regierung. Unsere Regierung konnte gar nicht anders, als, wie sie gethan hat, strengste Neutralität walten lassen. Daß sich die Regierung neutral verhalten hat, das ist ein Fortschritt gegenüber dem unglücklichen Telegramm, das vor zwei Jahren abgesandt wurde. (Widerspruch rechts.) Im Uebrigen hat der Krieg nur bewiesen, daß die Macht Englands lange nicht so übermäßig ist, wie man bisher glaubte. Trotz all seiner Truppen, trotz seiner Garden, hat England auch nicht einen einzigen Erfolg errungen. Man hat Englands Macht weit überschätzt, es steht mehr auf thönernen Füßen, als man glaubte. Und wenn die Engländer klug sind, dann werden sie die Lehre aus dem Kriege ziehen und keinen Krieg mehr anfangen, der im Widerspruch mit der gesammten civilisirten Welt steht. Aber unsere Stellung zu England darf das nicht ändern. Es ist nicht wahr, daß England unseren Kolonialbestrebungen stets feindlich gegenübergetreten ist. Die Kolonien, die wir haben, hätte England längst haben können. Eine Allianz können wir mit England allerdings nicht abschließen, weil England viele Interessen hat, die wir nicht haben, aber ich sehe nicht ein, weshalb wir mit England in Zwiespalt kommen sollten. Wenn wir mit unserer Flottenverstärkung so vorgehen, können wir uns nicht wundern, daß das Ausland auch seine Flotte vermehrt. Man muß nicht nur die Zahlen der Schiffe gegenüberstellen, sondern auch die Güte der Schiffe und die Bedeutung, die die Flotte für ein Land hat. Man muß sich davor hüten, Admiralitätspolitik zu treiben. Wenn man aber jetzt schon urbi et orbi verkündet, so viel Schiffe hat Deutschland nach 16 Jahren, da provozirt man doch geradezu die anderen Staaten. Die Militärverwaltung macht es anders, denken Sie an die letzte Artillerievorlage. Es heißt, die Verhältnisse hätten sich geändert. Aber nicht die Verhältnisse haben sich geändert, sondern nur die Ansichten. Graf Bülow sprach auch von einem größeren Deutschland. Er fand auch Beifall bei diesen Worten, ich weiß allerdings nicht, bei wem. (Zuruf: Dr. Hasse!) Ach so, von Dr. Hasse, dem Direktor des Alldeutschen Verbandes. (Große Heiterkeit.) Graf Bülow ging sogar noch weiter als der alte Ernst Moritz Arndt, der nur ein Deutschland wollte:

„Soweit die deutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt."

Graf Bülow sagte, wir wollten nicht bei Seite stehen, wenn der Kuchen vertheilt würde. Ja Kuchen! (Stürmische Heiterkeit.) Der Kuchen ist längst vertheilt. Was an Kolonien noch Werth hatte, hat längst seine Abnehmer gefunden. Was noch übrig ist, sind ganz elende Brodkrusten, die mehr Kosten verursachen, als sie Nahrungswerth besitzen, und kleine Krümel, wie die Karolinen und andere werthlose Inseln. Sehen Sie sich doch unsere Kolonien an, die machen ja jetzt mehr Kosten als der gesammte Handel mit ihnen ausmacht. Und dabei geht sogar das Gemunkel, Dänemark wollte uns seine westindischen Inseln abtreten. Kein Wunder! Mit den 17 Millionen für die Karolinen treiben wir ja die Preise in die Höhe, daß alle anderen Staaten sich besinnen, ob sie nicht auch ein paar abgelegte Inseln zu verkaufen haben. (Stürmische Heiterkeit.) Der Staatssekretär verwies auf die Kolonialerfolge Frankreichs. Aber wenn er sich vergegenwärtigt, wie viel Blut und wie viele Millionen die französischen Kolonien gekostet haben, wird er dies sicher nicht noch einmal thun. Wenn Rußland aber seine Macht immer weiter nach Osten ausbreitet, so kann uns das recht sein, dann wird es um so weniger sich gegen den Westen richten. Zu denken geben auch die Mißerfolge Italiens in Abessinien. Die Zeiten sind eben vorüber, wo die Eingeborenen nur mit Pfeil und Bogen bewaffnet waren. Alle Kulturvölker führen allmählich die allgemeine Wehrpflicht ein, und die verträgt sich nicht mit der Kolonialpolitik. Wir sehen ja, wie viel Mühe uns das bischen Schutztruppe macht.

War denn das Ansehen der Deutschen im Auslande früher, vor 1870, geringer? Gewiß, die Bismarcksche Politik — über seine äußere Politik haben wir ja stets anders gedacht als über die innere — hat das Ansehen Deutschlands im Auslande befestigt, aber es wäre doch ein schlechtes Zeichen, wenn all' das, was wir an Ansehen besitzen, wieder verloren gehen sollte, wenn wir einige Schiffe weniger haben. Herr Schmoller, auch solch Flottenprofessor, führte kürzlich aus, Deutschland müsse der Mittelpunkt einer Koalition aller mittleren und kleinen Staaten der Welt sein. Mit andern Worten, Deutschland soll überall da, wo etwas los ist, sich einmischen, es soll mit der „gepanzerten Faust" dreinfahren. Der Staatssekretär hat ein Wort gebraucht, das er lieber nicht hätte brauchen sollen, er sagte, Deutschland muß entweder Hammer oder Ambos sein. Nein, Deutschland wird nie Ambos sein, aber es hat auch nicht den Beruf, Hammer zu sein und überall loszuhämmern. Jeder Staat möge sich nach seiner Façon entwickeln. (Sehr gut! links.) Die Zukunft Deutschlands liegt nicht auf dem Wasser, sondern in seinem Volke selbst, in der Entwickelung aller seiner Kräfte. (Beifall links.) Wir als Volksvertretung haben darüber zu wachen, daß alle Theile des Staates und Reiches in gleicher Weise behandelt werden, wir dürfen nicht dulden, daß irgend ein Gebiet vernachlässigt wird auf Kosten eines anderen, und wo das geschieht, da haben wir Abhilfe zu schaffen. Herr v. Miquel meint freilich, die Volksvertretung solle geschlossen hinter den Fürsten stehen. Er scheint die Volksvertretung mit dem Leibregiment zu verwechseln. (Heiterkeit). Auch die Fürsten sind ja nicht unfehlbar, und wenn immer von deren Verantwortlichkeit vor Gott die Rede ist, so ist das doch keine andere Verantwortlichkeit als die, die jeder haben muß. (Sehr gut! links.) Fürst Bismarck warnt in seinen Memoiren ebenfalls den Herrscher vor Ueberschätzung der eigenen Einsicht.

Nun hat Herr v. Miquel von einem Ueberwaß des Fraktionswesens gesprochen; ich habe nie gefunden, daß die Regierung sich über die Vielheit der Fraktionen beklagt hat, wenn sie aus mehreren dieser Fraktionen zusammen eine Majorität für ihre Pläne erlangt hat. Im Uebrigen hat gerade Fürst Bismarck Alles daran gesetzt, möglichst viele Fraktionen hervorzurufen, weil es für die Regierung bequem ist, mit mehr Parteien zu regieren, als mit einer großen und geschlossenen Partei. (Sehr richtig! links.) Ueberall, wo es sich um selbständige Ansichten handelt, werden die Ansichten auseinandergehen, und die Verschiedenheit der Ansichten bedingt auch verschiedene politische Parteien. Es ist nicht richtig, wie der Abg. Dr. Sattler meint, daß in nationalen Fragen die Parteien schweigen müßten. Was heißt denn das? Herr Dr. Sattler scheint unter nationalen Fragen alle Fragen des Heerwesens, der Marine, vielleicht auch der Kolonialpolitik zu verstehen. Soll etwa der Reichstag auf seine Selbständigkeit in diesen Fragen verzichten? Ueberhaupt, was ist denn der Parteikampf anders als ein Widerstreit der verschiedenen Richtungen, was das Beste für das Wohl des Vaterlandes ist? (Sehr wahr! links). Ich erblicke in dem Parteiwesen keinen schädlichen Einfluß. Und dann vergessen Sie doch nicht, daß gerade im Anschluß an die Flottenfrage sich Parteikämpfe entsponnen haben! Nicht bei den politischen Parteien des Hauses, die ja entschieden diese Art der Agitation mißbilligen, aber draußen im Lande. Da hat sich ein wahrer Hexensabbath entsponnen, an dem theilgenommen haben Geschäftspatrioten, Servilismus und elende Liebedienerei. Eine gewisse Hurrah-Garde ist ja immer da, die für Alles zu haben ist, die sich aufregt und wieder abregt. (Heiterkeit.) Sogar der Reichskanzler soll Mitglied des Flottenvereins sein, es wurde mir allerdings gesagt, daß er bei der Mittheilung davon sehr überrascht war (Heiterkeit), Alles hat man von oben herab gepreßt, auch der Reichsbankpräsident ist gegen allen bisherigen Brauch in die Bewegung hineingezogen. Und von ihm herab bis zu den Kellnern in den Eisenbahnrestaurationen ist Alles für die Bewegung gewonnen, sogar die armen Landräthe (Heiterkeit), die ja bekanntlich keine selbstständige Meinung haben sollen. Der Vorgänger des Herrn Tirpitz hat mehr als einmal in der Budgetkommission erklärt, wenn wir etwa glauben, daß das Reichsmarineamt und seine Fonds hinter der Flottenagitation stecken, er sei weit davon entfernt, so etwas zu fördern, er halte sich für zu vornehm dazu, er halte es nicht für angemessen. Unter Herrn v. Tirpitz ist das Alles anders geworden, er liefert die amtlichen Artikel, er kommandirt die Korvettenkapitäne (Heiterkeit), er redigirt die Flugblätter, die unter der anonymen Maske eines Vaterlandsfreundes erscheinen. Die Agitation, die durch diese Flugblätter getrieben wird, erinnert mich an die zu den Septennatswahlen getriebene, es ist blos übersetzt vom Lande ins Wasser. (Heiterkeit.) Sogar Bilderbogen werden vertheilt, auf denen die Greuel geschildert sind, die dem Volke bevorstehen, wenn die Flotte nicht bewilligt wird. Ich stelle diese Bilder dem Chef des Marineamts für seine Lichtbilder zur Verfügung. (Große Heiterkeit.) Für diese Opposition wird die Standarte des Kaisers gehißt, und nicht blos des Kaisers, sondern auch der anderen Fürsten bis zum Erbgroßherzog. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, wie verderblich es ist, die Person des Kaisers in den Kampf um eine solche Frage hineinzuziehen. Je öfter man sich dabei auf den Kaiser beruft, um so weniger kann es ausbleiben, daß dieser Appell die umgekehrte Wirkung erzielt und eine Niederlage zur Folge hat, die dann auch eine Niederlage ist für die Fürsten, auf die man sich beruft. (Sehr richtig!) Sie sehen aus alledem, daß es sich in diesen Kämpfen nach der Art, wie das Gesetz vorbereitet wird, nach der Art, wie dafür agitirt wird, um weit mehr als um eine größere Anzahl von Schiffen handelt. Der Regierung ist von rechts her von zwei Seiten eine unzweideutige Absage zu Theil geworden. Wir erklären ihr von links her, allerdings aus anderen Gründen, daß wir dieser sprunghaften, von zu wenig selbständigen Ministern betriebenen Politik ein entschiedenes Mißtrauen entgegenbringen. (Zustimmung b. d. Freis.) Wir haben in der auswärtigen Politik wenig oder gar keine Veranlassung gehabt, dem Fürsten Bismarck entgegenzutreten, aber die auswärtige Politik des neuesten Kurses, wie sie nach dem Stichwort von der Weltpolitik zurechtgelegt wird und wie sie in der Marinevorlage hervortritt, ist — ich will nicht sagen zu phantastisch, aber zu phantasievoll, um ihr Vertrauen entgegenbringen zu können. (Wiederholter, lebhafter Beifall links, wiederholtes Zischen rechts.)

Bairischer Bundesbevollmächtigter Graf **v. Lerchenfeld**: Im Laufe der Debatte ist mehrfach von der Stellung meiner Regierung zu der in Aussicht stehenden Flottenvorlage gesprochen worden; das veranlaßt mich zu einer kurzen Erwiderung. Herr v. Kardorff hat gemeint, es sei bei der Vorbereitung der Vorlage nicht die sonst übliche Rücksicht gegenüber den verbündeten Regierungen genommen worden, man habe über ihre Köpfe hinweg diese Vorlage gemacht. Ich kann ihm erwidern, daß seine Befürchtungen unbegründet sind und daß in diesem Falle dasselbe Verfahren wie sonst in ähnlichen Fällen innegehalten worden ist. Sobald es nach der Lage der Sache überhaupt möglich war, haben die Regierungen von der Absicht der Reichsleitung Kenntniß erhalten und nicht allein Kenntniß erhalten, sondern auch die nöthigen Unterlagen empfangen, um sich ein eigenes Urtheil in der Sache bilden zu können. Herr von Kardorff hat gesagt, er wünsche, daß die alten Traditionen aufrecht erhalten würden, die in früheren Zeiten beobachtet worden seien. Das ist auch in diesem Falle geschehen. Die sonst üblichen Rücksichten, auf die die deutschen Fürsten und Regierungen Anspruch haben, sind vollständig innegehalten. Ich müßte gegen den Ausdruck des Herrn Abg. Richter für Bundesrath „Registrirbüreau" Verwahrung einlegen, wenn sich der Abg. Richter nicht augenblicklich selbst widerlegt hätte. Er hat die Erklärung des Herrn Reichskanzlers ganz richtig aufgefaßt, er hat ganz richtig herausgelesen, daß vorläufig noch keine Vorlage da ist, und daß die verbündeten Regierungen nur im Allgemeinen zu der Verstärkung der Flotte Stellung genommen haben. Die Vorbereitung der Vorlagen und der Austausch der Meinungen darüber erfolgt auf verschiedene Weise, theils durch Korrespondenz, theils durch mündliche Aeußerungen, theils dadurch, daß man sich im Bundesrath vorläufig unter Vorbehalt über die Sache äußert. Eine solche Besprechung hat stattgefunden und zu dem Ergebniß geführt, das Sie aus der Rede des Reichskanzlers entnehmen konnten. Die Regierungen haben sich dahin ausgesprochen, daß eine wesentliche Vermehrung der Flotte nothwendig sei. Unter diesem Gesichtspunkt werden sie zur Vorlage Stellung nehmen und sie nach allen Seiten hin, in technischer und finanzieller Hinsicht, prüfen. Es ist die Ueberzeugung der Regierungen, daß die Flotte in ihrem jetzigen Sollbestande nicht genügt, und daß wir jetzt schon für eine weitere Verstärkung sorgen müssen.

Der Abg. Bebel meinte in seiner Rede, es würde ihm ganz recht sein, wenn der Bundesrath expropriirt würde. Ich habe nicht angenommen, daß irgend Jemand in diesem hohen Hause, diese Bemerkung besonders ernst nehmen werde. Ich muß aber doch namens des Bundesraths Verwahrung gegen jene Aeußerung einlegen. Mich persönlich hat jene Bemerkung nicht gewundert, denn darin ist ja wohl der größte Theil des Hauses mit mir einig, daß das feste Band, das die deutschen Fürsten und ihre Völker verknüpft, der feste Zusammenhalt der Fürsten unter sich, im Bundesrath seinen Ausdruck findet, und daß daher der Bundesrath eine der Hauptstützen des deutschen Reiches ist. (Beifall rechts.) Und wenn die Stützen, die das deutsche Reich braucht, wenn die deutschen Fürsten, die deutschen Heere und die deutsche Marine, kraftvoll gedeihen, dann wird das Vaterland sich auch weiter gedeihlich entwickeln und dann wird der Weizen des Herrn Bebel und seiner Partei nicht blühen. (Beifall.)

Staatssekretär **Tirpitz**: Der Abg. Richter hat mehrfach seine Auffassung über die Entstehung des Flottenplans angeführt, so daß ich ihm hierauf etwas erwidern muß. Es hat während der ganzen letzten 2 Jahre über diese Frage, über die Nothwendigkeit und den etwaigen Zeitpunkt einer Flottenverstärkung, zwischen dem Reichskanzler, dem Staatssekretär des auswärtigen Amts und dem des Marineamts vollständige Uebereinstimmung geherrscht, und eine Einwirkung des Chefs des Marinekabinets hat nicht stattgefunden. Es war uns im Laufe des Sommers — ich brauche auf die Umstände nicht näher einzugehen — klar geworden, daß wir nicht länger zögern dürfen. Diese Erkenntniß und der Umstand, daß wir nach der augenblicklichen Lage der Dinge 3 Jahre verlieren müßten, hat uns zu dem Entschluß gebracht, weiter zu gehen. Wir hatten ursprünglich in Aussicht genommen, das Projekt erst im nächsten Jahre zu bringen. Als aber nach der Hamburger Rede in mehreren Blättern der schärfsten Opposition aus dieser Rede Kapital zu schlagen versucht wurde, da schien es uns unrichtig, das Feld vorher uns verwüsten zu lassen, und es wurde vom Reichsmarineamt im Einverständniß des Reichskanzlers der bekannte Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht. Dieser Artikel enthält weiter nichts, als daß er sagt, wenn unser Vaterland gezwungen sein sollte, weiter zu gehen mit der Vermehrung seiner Schiffe, dann würde das in der und der Weise zu machen sein. Wie darin eine Beeinträchtigung irgend welcher Rechte dieses Hauses oder der verbündeten Regierungen zu erblicken ist, vermag ich nicht einzusehen. Ich glaube, wenn vor 3 oder 4 Jahren ein derartiger Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg." erschienen wäre, so wäre er spurlos verhallt. Aber ich glaube, daß das ganze Volk tief unter dem Eindruck der Thatsache stand, daß wir zu lange gezögert haben, Deutschland zu Wasser die erforderliche Macht zu verschaffen. Als nun in Folge des Artikels eine allgemeine Erregung im Lande entstanden war, da war es mir klar, daß wir die Entscheidung über eine so große Frage nicht auf ein ganzes Jahr verschieben dürften. In dieser Weise sind wir dazu gekommen, die Novelle auszuarbeiten. Das ist der thatsächliche Hergang.

Ich komme zu den persönlichen Angriffen, die der Abg. Richter in überreichlicher Weise auf mein Haupt gegossen hat. Er ging davon aus, ich hätte vor zwei Jahren in keiner Weise angedeutet, daß das Flottengesetz einen Abschluß nicht bilden könnte. Demgegenüber führe ich Folgendes an. Ich habe meine Ansicht bei der Vertretung des Flottengesetzes mehrmals zum Ausdruck gebracht. Ich habe gesagt, es sei möglich, daß wir bald in die Lage kommen könnten, die Auslandsschiffe noch weiter zu verstärken. Sollte sich das Bedürfniß darnach herausstellen, so wäre das nur ein günstiges Zeichen; denn es wäre der Beweis dafür, daß unsere Seeinteressen sich vermehren. Das ist nun inzwischen in der That geschehen. Ich habe an einer anderen Stelle gesagt, daß unsere Forderungen das Minimum dessen seien, was wir haben müßten, und worunter wir nicht gehen könnten. Der Abg. Richter hat auch selbst bei der Berathung des Flottengesetzes von 1897 meine Aeußerungen so aufgefaßt, wie sie aufgefaßt werden mußten und wie sie die gesammte Presse aufgefaßt hat. Er hat damals selbst ausgeführt: „Der Staatssekretär hat uns in Aussicht gestellt, daß eine weitere Vermehrung der Auslandsschiffe sich sehr wohl als nothwendig herausstellen kann, er hat betont, daß die Forderungen der verbündeten Regierungen nur die Minimalgrenze des Nothwendigen darstellen. Wenn dem so ist, so steht doch immer noch die Möglichkeit offen, daß die verbündeten Regierungen sich über kurz oder lang sagen, daß diese Minimalgrenze doch nicht ausreichend sei." Ich habe damals diesen Aeußerungen des Abg. Richter nicht widersprochen. Es ist allerdings richtig, daß meine Ansichten sich seit dem Jahre 1897 geändert haben. Daraus habe ich nie ein Hehl gemacht. Die Verhältnisse haben uns eben dazu gezwungen, unseren Standpunkt zu ändern. Für mich persönlich wäre es doch viel bequemer, wenn ich einfach das Sexennat durchführte. Aber, bei diesem Konflikt meiner persönlichen Interessensphäre und der Interessen des Vaterlandes konnte ich nicht zweifeln, was ich zu thun hatte.

Es ist ferner von dem Abg. Richter sehr scharf über die Bewegung zu Gunsten der Flotte gesprochen worden. Ich glaube, daß mein Einfluß nach dieser Richtung hin im Hause doch etwas zu hoch geschätzt wird. Aber dennoch werde ich für meine Person Alles thun, um diese Bewegung zu kräftigen. Ich glaube, daß nicht zum Mindesten das Vergehen des Abg. Richter einen Einfluß auf die Lebhaftigkeit hat, mit der auf der anderen Seite die Agitation für die Flottenverstärkung betrieben wird. So lange der Abg. Richter es als sein gutes Recht betrachtet, die Nation in seiner Weise über diese vitale Interessenfrage unseres Vaterlandes aufzuklären, so lange werde ich es auch als das gute Recht des Amtes, das zu vertreten ich gegenwärtig die Ehre habe, betrachten, in gleicher Weise nach meiner Ueberzeugung unsere Nation über die Nothwendigkeit der Flottenverstärkung aufzuklären.

Abg. **Rickert** (freis. Vg.): So sehr ich Herrn von Kardorff beistimme, daß es sich in der Regel nicht empfiehlt, Reden des Kaisers in die Debatte zu ziehen, so läßt sich das doch aber unter den gegebenen Verhältnissen oft gar nicht vermeiden, und darum bitte ich die Vertreter der Regierungen, einen solchen Anspruch nicht weiter zu erheben. Fürst Bismarck selbst hat oft genug betont, daß der deutsche Kaiser kein Schattenkaiser sei, der hoch erhaben über uns schwebe, sondern eine reale Person, und Fürst Bismarck hat denn auch ebenso wie wir oft genug Reden des ersten Kaisers in die Debatte gezogen und es ist von keiner Seite ein Einwand dagegen erhoben worden. Fürst Bismarck hat es geradezu als seine und der Volksvertretung Pflicht anerkannt, Reden des Monarchen nicht zu umgehen.

In vielen formellen Punkten, die der Abg. Richter heute getadelt hat, stimmen wir ihm bei, aber diese formellen Punkte können nicht entscheidend sein für die sachliche Beurtheilung der Frage, die uns hier beschäftigt. (Sehr gut! rechts.) Man muß dabei auf die Stimme des Volkes hören. Es kommt nicht darauf an, aus wessen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Initiative ein Gesetzesvorschlag entspringt. Auch die Zuchthausvorlage ist hervorgegangen aus der persönlichen Initiative des Kaisers, und der Reichstag hat sie trotzdem abgelehnt, in der unhöflichsten Form, weil das Volk sie nicht wollte. Ueber die Männer der Wissenschaft, die jetzt für die Flottenverstärkung eintreten, darf man mit Witzen nicht hinweggehen. Diese Männer thun das nicht aus Liebedienerei, denn es sind zum Theil dieselben Männer, die sich mit edlem Freimuth und mit großer Energie gegen das Zedlitzsche Volksschulgesetz und gegen die Zuchthausvorlage ausgesprochen haben. Die Flottenbewegung steckt in der deutschen Nation und in der deutschen Jugend. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre darum ein schwerer Fehler, wenn sich der deutsche Liberalismus gegen diese Stimme des Volkes auflehnte. Die Instinkte, die im Volke ruhen, muß man beobachten mit Ernst und Würde. Den Hexensabbath, den man gegen die Gegner der Flottenvorlage inscenirt hat, verurtheile ich gerade so, wie der Abgeordnete Richter, deshalb verlangen aber auch wir, daß man keinen Hexensabbath gegen diejenigen in Scene setzt, die für die Verstärkung der Heeresmacht zu Lande und zu Wasser eingetreten sind. Wir haben diese Anschauungen mit dem Liberalismus zu verbinden gesucht. Als ich sie im Jahre 1880 im Gegensatze zu meinen intimsten Freunden zuerst verfocht, da hat deswegen kein Schatten unser bisheriges Verhältniß getrübt. So aber sollte es immer sein. Quälen wir uns doch damit nicht ab, Herrn Tirpitz Widersprüche nachzuweisen! Es handelt sich nur darum: Haben sich die politischen Verhältnisse so geändert, daß seine Meinung sich gleichfalls ändern mußte? Die Behauptung des Abg. Bebel, wie ich jetzt schon bemerke, um es nachher nicht zu vergessen, daß der Vulkan ausländische Arbeiter angenommen habe, um die Löhne zu drücken, entspricht nicht den Thatsachen. Nach einem mir vorliegenden Briefe des Vulkan ist die Zahl der Arbeiter des Vulkan allerdings von 5954 auf 7311 erhöht worden, ausländische Arbeiter aber werden auf den Werften des Vulkan überhaupt nicht beschäftigt. (Hört, hört!)

Die Hauptaktion, die sich zwischen Herrn von Miquel und Herrn Lieber hier im Hause abspielte, wird ja wohl noch ein Nachspiel im Abgeordnetenhause haben, und ich bitte dabei Herrn Lieber, mich als Genossen im Kampfe anzunehmen. (Heiterkeit.) Ich verstehe garnicht, wie der Minister dazu kam, von einer zu großen Reichsfreundlichkeit des Centrums zu reden. Man kann überhaupt nie reichsfreundlich genug sein. Ich sehe Herrn von Miquel noch vor mir als jüngeren Mann im Jahre 1859, wie er in Herz und Kopf den deutschen Reichsgedanken trug und für ihn eintrat, und heute spricht er von zu großer Reichsfreundlichkeit! Ich habe mich niemals so sehr gefreut, als damals, als gerade Herr Kollege Lieber eine Reichseinkommensteuer vorschlug. Vor zehn Jahren hätten die Herren solche Vorschläge noch nicht fertig bekommen. Also, Glück auf, meine Herren, zu Ihrer Reichsfreundlichkeit! (Heiterkeit.) Wie man uns aus unserem Verhalten gegenüber den Maßregelungen der Landräthe wegen ihrer Abstimmung in der Kanaldebatte einen Vorwurf machen kann, ist mir unklar. Als vor zwanzig Jahren liberale Männer gemaßregelt wurden, weil sie ihrer Ueberzeugung gefolgt waren, da waren es die Konservativen, die darüber jubelten. Wir haben das nicht gethan. Wir wollen alle solche Maßregelungen nicht, und wenn Sie sicher gehen wollen, dann wählen Sie überhaupt keine Beamten mehr, dann thun Sie das, was der Bund der Landwirthe auf seine Fahne geschrieben hat: Heben Sie das passive Wahlrecht der Beamten auf! In so feierlicher Form, wie Graf Limburg hier das Mißtrauensvotum seiner Freunde gegen die ganze Amtsführung des Reichskanzlers ausgesprochen hat, ist wohl hier überhaupt noch kein Minister angegriffen worden. Zuerst gab er dem Reichskanzler nur einen freundschaftlichen Rath, der soviel bedeutete, wie: er möchte sich doch bei seinem hohen Alter Ruhe gönnen, aber das war den Herren noch nicht genug, denn als der Reichskanzler daraufhin doch blieb, da folgte dann nach vorausgegangenem Beschluß der Fraktion jenes Mißtrauensvotum, jene förmliche Kriegserklärung. Und nicht genug daran, Herr von Kardorff persönlich unterschreibt sie und sagt, der Bund der Landwirthe würde sie auch mit vollem Herzen unterschreiben. Herr von Kardorff hat wenigstens die auswärtige Politik ausgenommen, aber der Führer der Konservativen tadelt die ganze Amtsführung, und das wegen einer solchen Lappalie, die Sie ja selbst zu beseitigen verlangt haben. (Widerspruch rechts.) Jawohl, die „Deutsche Tageszeitung" hat das Verbindungsverbot für lächerlich erklärt. Wie kommen Sie ferner dazu, unsere Regierung wegen ihrer schwächlichen Haltung gegen England und Amerika zu tadeln? Unter Fürst Bismarck war es stets so, daß man auswärtige Fragen entweder gar nicht oder nur sehr vorsichtig berührte. Wenn man Ihre Reden liest, müßte man glauben, daß niemals das Ansehen Deutschlands England und Amerika gegenüber so wenig gewahrt sei, als jetzt. Man kann wirthschaftliche und politische Fragen unmöglich ganz trennen. Auch die Ablehnung eines russischen Handelsvertrages könnte die schwersten politischen Verwicklungen nach sich ziehen. Auch beim vorigen Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages mußten wir die schwersten politischen Gefahren befürchten, wenn eine Ablehnung erfolgt wäre. (Widerspruch rechts.) Unter dem Fürsten Bismarck würde es Niemand gewagt haben, Adressen an den Kaiser zu richten, eine Reise, wie sie der Kaiser jetzt nach England macht, zu unterlassen. Wir sind sehr für diese Reise und versprechen uns davon einen guten Erfolg. Also lassen Sie diese Hetze! Denn das können Sie doch nicht eine große Politik nennen, das ist eine Krähwinkel-Politik!

Ich habe schon früher den Reichskanzler gewarnt, er solle als preußischer Ministerpräsident nicht dulden, daß die Agitation des Bundes der Landwirthe durch die Behörden gefördert werde. Der Bund ist nur mächtig geworden mit Hilfe der Landräthe und anderer Beamten. (Lachen rechts.) Sie (nach rechts) sind undankbar, Sie sollten lieber der preußischen Regierung Dank erweisen und ihre Bestrebungen fördern.

Ich komme nun zum Etat. (Heiterkeit.) So schwarz wie die Abgg. Richter oder Bebel sehe ich nicht, ich glaube noch lange nicht an einen bevorstehenden Bankerott. Die Pessimisten haben uns schon lange erklärt, daß die Reichsfinanzen bergab gehen. Bei der vorigen Flottenvorlage hieß es, es würde nicht ohne neue Steuern abgehen. Nun, wir haben die Vorlage angenommen und es sind keine neuen Steuern nothwendig gewesen. Die Schwarzmalereien stören uns nicht, wir haben sie lange gehabt und sie haben sich nicht bewahrheitet. (Die Rede wird durch fortgesetzte Zwischenrufe und Gelächter, namentlich auf der Rechten, gestört. Der Redner versucht auf die Zwischenrufe zu erwidern.)

Vicepräsident **Schmidt:** Ich bitte Sie, auf die Zwischenrufe nicht einzugehen. Ich bin es, der Sie dagegen zu schützen hat.

Abg. **Rickert:** Ich werde nur, soweit es nöthig ist, darauf erwidern.

Vicepräsident **Schmidt:** Ich bitte Sie, überhaupt nicht darauf einzugehen.

Abg. **Rickert** (fortfahrend): Gut, ich füge mich dem Befehl des Präsidenten und werde die Zwischenrufe ignoriren, obwohl ich der Meinung bin, daß solche Rufe im Parlament zulässig sind. (Sehr richtig! links.) Die Flottenvorlage werden wir prüfen an der Hand der Thatsachen unter Berücksichtigung der seit 2 Jahren eingetretenen Veränderungen, namentlich im Hinblick darauf, daß der deutsche Seeverkehr sich in ungeahnter Weise gehoben hat. Wir müssen wissen, ob die eingetretenen Veränderungen eine veränderte Haltung nothwendig machen. Diese Frage werden wir unbefangen prüfen. Früher sind gerade die Liberalen für die Flotte eingetreten, während die Freunde des Herrn v. Kardorff diesen Eifer abzukühlen suchten. Ich weiß, daß die Ansichten über die Nothwendigkeit einer Marine sich sehr geändert haben. Wir dürfen auch nicht allein unsere Verhältnisse in Betracht ziehen, sondern auch die Veränderungen in den anderen Staaten. Als die Verhältnisse dies erforderten, da war es die äußerste Linke, da war es ein Mann wie Schulze-Delitzsch, da war es der Förderer des Volksschulwesens Friedrich Harkort, die für eine starke Flotte eintraten. Harkort verlangte schon vor 30 Jahren 12 Schiffe für den auswärtigen Dienst, während die jetzige Vorlage nur 18 mehr fordert. Herr Graf Posadowsky erwähnte gestern das Verlangen nach einem starken Mann zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Nun, wir hatten einen solchen starken Mann, den Fürsten Bismarck. Der ist nicht mit der Sozialdemokratie fertig geworden, im Gegentheil, ihre Stimmen sind unter ihm auf 1½ Mill. gestiegen. Nein, gegen die Sozialdemokratie giebt es nur ein Mittel, die Freiheit. Damit werden wir die Sozialdemokratie besiegen und die Schlaffheit des Bürgerthums überwinden. Unsere äußere Politik würde noch erfolgreicher sein, wenn sie getragen wäre durch eine innere volksthümliche Politik. Eine solche Politik ist unvereinbar mit dem Einfuhrverbot und der Vertheuerung der Lebensmittel. Haben wir eine Politik des Bürgerthums, so wird die Regierung auch im Innern die Unterstützung derjenigen äußeren Politik finden, deren sie zur Vermehrung ihres Ansehens bedarf.

Abg. Dr. **Rösicke** (Kaiserslautern, Bund d. L.): Gegen den Bund der Landwirthe ist stets das Vereinsgesetz in aller Schärfe angewendet worden. Herr Singer, der neulich das Gegentheil behauptet hat, braucht sich ja nur die Akten kommen zu lassen. Wenn Herr Rickert meint, daß von den Getreidezöllen ein großer Theil der Landwirthe keinen Vortheil hat, so irrt er, Getreidezölle kommen allen Landleuten zu Gute. Unser Bund der Landwirthe ist keineswegs durch die Unterstützung der Regierung groß geworden, wir brauchen dazu keinen politischen Apparat, im Gegentheil, wir haben sogar aus freiem Antrieb die uns angehörenden Beamten zum Austritt aufgefordert, damit sie einen Konflikt vermeiden. Die bekannte Aeußerung des Herrn Reichskanzlers auf dem Geographentag von dem deutschen Industriestaat bedauere ich. (Der Reichskanzler hat zu Beginn der Rede den Saal verlassen.) Welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind eigentlich unter der Regierung des Fürsten Hohenlohe im Interesse der Landwirthschaft erfolgt? Herr Dr. Sattler hat allerdings der Regierung Vertrauen ausgesprochen, ich glaube aber nicht, daß er das im Namen aller seiner Freunde gethan hat. (Widerspruch bei den Nl.). Ich weiß, daß in der national-liberalen Partei eine ganze Reihe von Herren sitzen, die die Interessen der Landwirthschaft wohl wahrnehmen und das Programm des Bundes der Landwirthe befolgen, ich kann mir nicht denken, daß diese Herren thatsächlich Herrn Dr. Sattler beauftragt haben, dem Reichskanzler uneingeschränktes Vertrauen zu bezeugen. (Widerspruch bei den National-Liberalen). Auf dem Lande geht das Vertrauen zur Regierung den Bankrottgang. Ich betone ausdrücklich, daß es mir nicht um die Person des Herrn Reichskanzlers zu thun ist, denn diesen Posten zu vergeben ist nach wie vor Sache Seiner Majestät. Blicken wir aber auf die wirthschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, so werden wir finden, daß die Landwirthschaft alle Ursache hat, sich zu beklagen. (Sehr wahr! rechts). Ich erinnere z. B. an die Durchführung des Börsengesetzes. Obwohl es klar ist, daß in der Heiligengeiststraße Geschäfte getrieben werden, die mit dem Börsengesetz nicht vereinbar sind, schreitet die Regierung nicht ein. Von dieser Spekulation hat die Landwirthschaft großen Schaden, und es ist natürlich, daß die Landwirthe sich fragen: Wo ist denn der Reichskanzler, der für die Ausführung dieses Reichsgesetzes zu sorgen hat? (Sehr wahr! rechts.) Weiter hat man ganz ohne Noth für russischen Zucker billigere Preise auf preußischen Bahnen nach Königsberg und Danzig bewilligt, man hat das ausländische Fleisch vor dem inländischen bevorzugt und dadurch die Landwirthschaft geschädigt. Auch hier fragen wir uns: Wo ist der Reichskanzler? Es verlautet weiter, daß die Nahrungsmittelkontrole in Amerika von einer besonderen Kommission ausgeübt werden soll. Darunter würde die Autonomie Deutschlands erheblich leiden. Sind wirklich bei dieser Lage der Sache die Vertreter der national-liberalen Fraktion im Stande, dem uneingeschränkten Lobe ihres Redners über die Politik des Kanzlers zuzustimmen? (Zurufe bei den Nl.: Ja!) Herr Dr. Sattler braucht auch keine Sorge zu haben, daß konservativ regiert wird, er kann sich beruhigen, es wird bei uns nicht konservativ, nicht liberal sondern thatsächlich demokratisch regiert. (Gelächter links.) Am gefährlichsten ist es, daß große Pläne aufgestellt werden, die nachher wieder aufgegeben werden. Wo ist hier der Herr Reichskanzler? Entweder hat er vorher nicht Alles übersehen oder er hat die Konrage verloren. Das wäre ein Mangel an politischer Fähigkeit, der an diesem Platze nicht erwünscht ist. Ich erinnere weiter daran, daß der Reichskanzler als preußischer Minister hier dem Artikel 4 der Verfassung eine Auslegung gegeben hat, wonach die Bestimmung, daß Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses wegen ihrer Abstimmung nicht zur Rechenschaft gezogen werden dürfen, für die Beamten eliminirt ist.

Vicepräsident **Schmidt:** Wenn ich den Redner recht verstanden habe, so hat er gesagt, daß der Reichskanzler einen Artikel der preußischen Verfassung eliminirt habe. Eine solche Aeußerung kann ich nicht zulassen.

Abg. Dr. **Rösicke** (fortfahrend): Ich habe gesagt, daß er dem Artikel eine Auslegung gegeben hat, wonach diese Bestimmung eliminirt ist. Was haben wir für eine Regierung? Alles Plötzlichkeiten, aus der Wolke ohne Wahl zuckt der Strahl, ein unberechenbarer Einfluß macht sich geltend, keiner ist mehr bereit, einmal ausgesprochene Meinungen zu verantworten und die Konsequenzen aus der Gesammtlage zu ziehen. Das kommt daher, weil keine Individualität mehr unter den Vertretern der Regierung ist, weil der Begriff der politischen Verantwortlichkeit verloren gegangen ist. Da ist es denn kein Wunder, daß im Lande der Glaube besteht, daß die konstitutionelle Verantwortlichkeit bei den Organen der Regierung nur eine Fiktion ist. Wir haben keine feste Regierung, sondern nur noch einen Kautschukball, den Jeder pressen und drücken kann, wie es ihm beliebt. Wir machen Erwägungen über Erwägungen und kommen nicht zum Ziel. Eine Stetigkeit haben wir nur in der Vorschubleistung demokratischer Tendenzen. (Abg. Singer ruft: Sozialdemokratischer.) Und wie steht es um unsere auswärtige Politik? Schon Jahre lang unterhandeln wir mit Amerika und noch immer gelangen wir nicht zu einem Abschluß. Graf Bülow meint, Deutschland sei nicht mehr der bescheidene Hauslehrer. Nun, im Hinblick auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten scheint mir diese Auffassung doch nicht ganz richtig zu sein.

Wir müssen uns daran gewöhnen, keine wirthschaftlichen Zugeständnisse zu machen. Wenn wir eine derartige nachgiebige Politik treiben, so kann man fragen: Wozu brauchen wir dann eine große Flotte, denn nachgeben kann man auch ohne Flotte. (Sehr wahr!) Herr Richter irrt aber, wenn er glaubt, daß die Begeisterung für die Flotte nur künstlich ist, seine heutige Rede wird im Volke nicht den Glauben an die Nothwendigkeit der Flotte zerstören. Dies Gefühl ist im Volke zu mächtig, als daß es durch eine Rede beseitigt werden könnte. Wir werden zu prüfen haben, wie weit die Vergrößerung der Flotte nothwendig ist. Der Schatzsekretär hat den Stand unserer Finanzen und die Entwickelung unserer Industrie sehr rosig geschildert. Aber die Kehrseite dieser glänzenden Entwicklung ist unsere Handels-Unterbilanz und die Nothlage der Landwirthschaft, vor Allem der Mangel an ländlichen Arbeitern. Wir glauben, es wäre besser gewesen, wenn Herr Siemens (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: von Siemens) seine Gelder nicht für die Bahn nach Bagdad, sondern etwa in unseren Kolonien verwandt hätte. Denn wir sehen in dieser Bahn ein Neu-Argentinien. Wenn wir hier nicht Schutz bekommen, so wird es nicht ausbleiben, daß unser Geld ins Ausland wandert und wir im Inlande eine neue Konkurrenz vom ausländischen Getreide bekommen. Im Uebrigen freue ich mich, daß Herr v. Siemens geadelt worden ist und zwar deshalb, weil dadurch die freisinnige Vereinigung unter die Zahl ihrer Mitglieder auch einen adeligen Großgrundbesitzer bekommen hat. Was den Boerenkrieg betrifft, von dem hier auch gesprochen wurde, so rühren die Erfolge der Boeren hauptsächlich daher, daß die Boeren ein kräftiges Bauernvolk sind, das durch die Auswüchse der Civilisation noch nicht in seiner Kraft geschwächt worden ist. Grade an dem Beispiel der Boeren können wir sehen, daß wir uns nicht zu einem einseitigen Industriestaat entwickeln dürfen. Nur wenn wir unsern Mittel- und Bauernstand erhalten, wenn wir dafür sorgen, daß Deutschland nicht nur Industriestaat, sondern auch Agrarstaat bleibt, wird Deutschland im kommenden Jahrhundert gerüstet sein. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Der Vergleich des Vorredners zwischen den Verhältnissen Deutschlands und den Verhältnissen des Landes, wo das kleine, tapfere, bewundernswerthe Volk der Boeren jetzt seine Freiheit vertheidigt (Beifall), war doch etwas kühn. Ich kann doch unmöglich glauben, daß seine Deduktion dahin geht, wir sollten in Deutschland Zustände auf wirthschaftlichem Gebiet einführen, wie sie in Transvaal existiren. Ich kann sonst nicht verstehen, warum er uns gerade die Boeren als Vorbild hingestellt hat, wie wir unsere Politik gestalten sollen, damit wir ein ähnliches Volk bekommen. Man kann zwei so ganz paradoxe Dinge absolut nicht vergleichen. In öffentlichen Versammlungen macht sich das ja sehr gut (Heiterkeit); aber bei ernsten Berathungen kann man damit gar nichts anfangen. Von mir ist bekannt, daß ich ein aufrichtiges, warmes Interesse für die Landwirthschaft habe, und zwar, weil ich der Ansicht bin, daß wir in Deutschland eine kräftige landwirthschaftliche Bevölkerung aus politischen und sozialen Gründen absolut nicht entbehren können. Ich habe diese meine Ansicht bereits oft ausgesprochen, wo vielleicht an manchen anderen Stellen sehr abweichende Ansichten vorhanden waren. Aber ich hätte im Interesse der Landwirthe den dringenden Wunsch, daß die Herren, welche gewiß aus innerster Ueberzeugung die Interessen der Landwirthschaft vertreten, dies in einer Form thäten, die weniger geeignet wäre, die Gegnerschaft der anderen Erwerbsgruppen des Landes hervorzurufen. (Sehr richtig! links.) Sie würden damit in Ihrem eigenen Interesse taktischer handeln, namentlich in Bezug auf die wichtigen Verhandlungen, die uns für die nächsten Jahre bevorstehen. Der Abg. Rösicke hat sich in einigen Punkten gegen den Herrn Reichskanzler gewandt. Er hat gesagt, die Regierung komme ihm vor wie ein Kautschuckball, den jeder pressen und drücken könnte, wie es ihm beliebt. Ich hatte den Eindruck, als ob die Unzufriedenheit des Herrn Rösicke daher rührt, daß er selbst diesen Ball nicht so pressen und drücken kann, wie es ihm beliebt. (Heiterkeit.) Er hat nun als Beispiel hingewiesen auf die Ausführung des Börsengesetzes. Der Herr Abgeordnete hat vollkommen verkannt, daß er nicht im Abgeordnetenhause, sondern im Reichstag gesprochen hat. Die Ausführung des Börsengesetzes ist bekanntlich Sache der Einzelregierungen, und wenn jemand glaubt, daß es in Preußen zu Unrecht ausgeführt wird, so hat er seine Angriffe gegen die preußische Regierung zu richten. Ich bin trotzdem bereit, bei der Berathung des Etats für das Reichsamt des Innern in der Generaldebatte die Frage nach der Ausführung des Börsengesetzes eingehend zu erörtern. Herr Rösicke fragt: Was ist denn eigentlich im Reich für die Landwirthschaft geschehen? Er vergißt bei der Stellung dieser Frage ganz, daß der Schwerpunkt der Verwaltung auf landwirthschaftlichem Gebiet in das Gebiet der Einzelstaaten fällt. Das Reich kann allerdings auch thätig sein, und zwar auf dem Gebiete der Handelsverträge. Hier sind wir aber, wie den Herren bekannt ist, augenblicklich festgelegt. Aber einiges haben wir doch für die Landwirthschaft gethan. Wir haben eine Branntweinsteuer eingeführt, welche den Wünschen der Landwirthe in hohem Maße entsprochen hat. Wir haben eine Zuckersteuer geschaffen, die zwar seiner Zeit heftig angegriffen wurde; als sie aber abgeändert werden sollte, erklärten die Interessenten einstimmig, daß sie ihre Aufrechterhaltung wünschten, und bis jetzt ist noch kein besserer Vorschlag gemacht worden.

Der Abg. Rösicke ist dann weiter eingegangen auf die angebliche gemischte Fleischkontrole in Amerika. Mir ist davon offiziell noch nichts bekannt (Hört, hört!) und ich kann deshalb darüber nicht reden.

Dem Herrn Abg. Richter gestehe ich gerne zu, daß er in einer langjährigen parlamentarischen Thätigkeit eine glänzende und für viele bestechende Beredtsamkeit erworben hat. Ich habe aber ebenso sorgfältig vorbereitete Reden, wie die heutige schon oft von ihm gehört und zwar immer dann, wenn es sich darum handelte, gegen große Ziele zur Vertheidigung der Wehrkraft des Vaterlandes zu opponiren. Wenn man eine so tiefgehende Frage zu beurtheilen hat, dann halte ich es für nebensächlich, lange dabei zu verweilen, wie eine solche Bewegung entstanden ist. Der Kernpunkt ist doch der: Ist das Ziel der Bewegung ein sachlich berechtigtes? Diese Frage müßte doch allein in den Vordergrund gerückt werden. — Ich empfinde es ebenso wie der Herr Vorredner schmerzlich, daß unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika noch nicht anders geregelt werden konnten, weil ich der Ueberzeugung bin, daß das gute Recht auf unserer Seite steht. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben sehen müssen, daß, während wir Amerika fortgesetzt den Konventionaltarif eingeräumt haben, dies Land seinerseits seine Zölle erhöht hat in einer Weise, die zum Theil politischen Charakter hatte und wodurch unsere deutsche Industrie außerordentlich belästigt wurde. Dies ist hier im Hause von allen Parteien anerkannt worden. Wir müssen also sehen, daß dieses Land, das man fast einen Kontinent für sich nennen könnte, sich immer mehr gegen die europäischen Produkte verschließt; auf der anderen Seite hat uns England den Vertrag gekündigt, durch den es ausgeschlossen war, daß das englische Mutterland Vorzugszölle in seinen Kolonien gegenüber den deutschen Bundesstaaten haben durfte. Schon jetzt haben von den Rechten der Vorzugszölle Kanada und Barbados Gebrauch gemacht, und daß England geneigt ist, auf diesem Wege fortzufahren und uns auszuschließen aus dem ganzen gewaltigen englischen Weltreich, wird niemand bestreiten wollen. Nun stellen Sie sich bitte vor, wenn die Vereinigten Staaten in ihrer ungeheuren Ausdehnung und mit ihrem Einfluß auf andere amerikanischen Staaten es auch ferner wie das englische Weltreich versuchen, in dieser Weise unsere Produktion von dem Weltmarkte auszuschließen, ein wie verhältnißmäßig kleiner Theil der civilisirten und halbcivilisirten Welt bleibt uns dann übrig für die Ausfuhr unserer Produkte? Daß aus diesen Verhältnissen der Wunsch bei uns rege wird, daß wir auf dem uns noch verbleibenden Theile des Erdballs mit gleichen Mitteln auftreten wie England und Amerika, mit gleicher Autorität wie unsere handelspolitischen Konkurrenten, das ist klar. Das ist auch die äußere Ursache, weshalb einem so großen Theile des deutschen Volkes plötzlich das Verständniß für die Vermehrung unserer Flotte aufgegangen ist. (Sehr richtig! rechts.) Das gestehe ich dem Abg. Richter ohne Weiteres zu: Mit Kanonen bewirkt man keine Konventionaltarife und schließt man keine Handelsverträge ab. Aber wer eine starke Waffe in der Hand hat, den behandelt man, wenn es zum Streit kommt, mit mehr Achtung, als einen Waffenlosen. (Zurufe von links: Wir sind nicht waffenlos!) Das bitte ich nicht zu vergessen. Ich besinne mich, dem Grafen Caprivi war einmal eine Art Denkschrift vorgelegt worden, worin sich die Bemerkung befand: Der Kolonialbesitz Deutschlands ist ohne Einfluß auf Flottenfragen. Graf Caprivi versah diese Notiz mit der Randbemerkung: „Das ist sehr unrichtig, denn es wird ein Tag kommen, wo die Flotte ihre Wünsche nach Verstärkung ihrer Bedeutung gerade auf den Besitz unserer Kolonien stützen wird!" Ich glaube, dieses Wort war berechtigt und es war prophetisch. Die Rede, die Herr Richter heute hielt, hätte er eigentlich halten sollen, als es sich um die Erwerbung der ersten deutschen Kolonie handelte. Wenn man keine Kolonien hat, dann ist eine Flotte in der Stärke, wie wie sie jetzt wünschen, vielleicht nicht so nothwendig, wenngleich das Bedürfniß nach einer starken Flotte schon umsomehr hervortritt, je größer und stärker deutsche Kapitalien im Auslande engagirt sind, sobald wir aber Kolonien haben, werden sie nicht blos ein Theil unseres weiteren Vaterlandes, sondern auch unserer nationalen Ehre. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb müssen wir auch zur See die nöthige Streitkraft besitzen, um zum Besten des Vaterlandes unsere nationale Ehre in den Kolonien vertheidigen zu können. Herr Richter hat dann gesagt, man könne die Einnahmen nicht vorhersehen, dürfe darum auch keine große Ausgaben für die Zukunft bewilligen. Das

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ist in gewissem Grade richtig, aber wenn man soweit gehen sollte, daß man überhaupt wachsende Ausgaben nicht mehr wagen kann, weil man nicht sicher ist, daß sich in Zukunft diese Ausgaben nicht fortgesetzt steigern, dann müßten wir den weiteren Ausbau auf wirthschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet überhaupt quittiren. Herr Richter unterschätzt die Verpflichtungen, die Deutschland mit der fortgesetzten Steigerung seines Exports und mit der Vergrößerung seines Kolonialbesitzes übernimmt. Ohne starke Flotte mit seinem bedeutenden Engagement im Welthandel und in der Kolonialpolitik würde er in die Lage eines Kavalleristen kommen, der zwar sehr gut reiten kann, aber kein Pferd hat. (Lachen links.) Es besteht zwischen der Auffassung des Abg. Richter und, wie ich annehme, der Auffassung der Mehrheit des Hauses ein tief gehender Unterschied. Er legt an jede Maßregel, die hier vorgeschlagen wird, die kritische Sonde an, er vergißt aber dabei, daß ein Staat mit einer wachsenden Kultur und Entwickelung auch wachsende Aufgaben zu erfüllen hat, daß man das Vertrauen zu der Kraft der Nation haben muß, daß sie Opfer für diese Aufgaben bringen wird, und vertrauensvoll in die Zukunft blicken muß, daß die Nation auch stark genug sein wird, die Opfer zu tragen. Den mathematischen Beweis, daß die finanzielle Entwickelung immer so fortschreiten wird, daß wir ohne neue Opfer die Flottenverstärkung ertragen können, wird Ihnen der Schatzsekretär nicht führen können; wenn aber die Mehrheit des Hauses der Meinung ist: Wir brauchen eine stärkere Flotte im Interesse der politischen und handelspolitischen Entwickelung Deutschlands, dann wird sie sich eben auch dazu entschließen müssen, diese Opfer zu tragen. (Beifall rechts.)

Minister **Thielen:** Wie mir mitgetheilt ist, hat Herr Rösicke die preußische Verkehrspolitik wegen der Tarifermäßigungen für die Einfuhr russischen Zuckers angegriffen. Ich habe seine Rede nicht gehört, kann also polemisch auf dieselbe nicht eingehen, sondern will mich auf eine thatsächliche Aufklärung beschränken. Diese thatsächliche Aufklärung wird aber auch für das Haus vollständig hinreichen, um die preußische Verkehrspolitik auch in diesem Falle zu rechtfertigen. Wir sind in Preußen bislang sehr vorsichtig gewesen in unserer Verkehrspolitik nach der Richtung hin, die agrarischen Interessen nicht zu verletzen; wir haben in dieser Hinsicht außerordentlich viel gethan, wir haben keinen Dank dafür erwartet, und allerdings, wie ich hinzufügen, auch keinen Dank dafür geerntet (sehr richtig! links), obwohl wir wirklich mit Hintansetzung jedes fiskalischen Interesses den Bedürfnissen der Landwirthschaft Rechnung getragen haben. Die Herren Landwirthe glauben aber leider heute, sie seien ganz allein auf der Welt. (Oho! rechts; lebhafte Zustimmung links.) Dafür ist dieser Fall der Tarifermäßigung für den russischen Zucker wieder ein ganz deutliches Beispiel. Die Sache liegt folgendermaßen: Die russischen Eisenbahnen sind bemüht gewesen, die nicht unbedeutenden russischen Zuckerexporte für ihren Hafen Libau zu erwerben und hatten in Folge dessen Tarifermäßigungen eintreten lassen, die, wenn preußischerseits die Konkurrenz mit Danzig und Königsberg nicht aufgenommen worden wäre, das Ergebniß gehabt hätten, daß Danzig und Königsberg seinen Handel und seine Rhederei auf diesem Gebiet vollständig verloren hätten. Weil wir aber vorsichtige Leute sind, haben wir uns vorher vergewissert, welche Aufnahme diese unsere Maßregel bei den zunächst Betheiligten finden würde. Wir haben den Bezirks-Eisenbahnrath befragt, in dem die agrarischen Interessen naturgemäß in erster Linie vertreten sind. Und der Bezirks-Eisenbahnrath hat sich mit der Ermäßigung der Preise für russischen Zucker entweder einstimmig oder mit allen gegen 2 Stimmen — ich weiß das nicht mehr genau — einverstanden erklärt. Wir haben also durchaus keinen Anstand nehmen dürfen, diese Maßregel zu treffen. Der Bezirkseisenbahnrath hat dabei ausdrücklich sein Votum dahin motivirt, daß auch die Landwirthschaft ein großes Interesse daran habe, Danzig und Königsberg mit ihrem Handel und ihren Rhedereien prästationsfähig zu erhalten, und daß, wenn wir jetzt für das ausländische Produkt die Tarifermäßigung gewähren wollten, auch für den inländischen Zucker ermäßigte Exporttarife eingeführt werden könnten. — Wenn die Eisenbahnen allein darüber zu entscheiden hätten, so würden diese ermäßigten Exporttarife schon längst eingeführt sein, aber dazu müßten sich die Herren Zuckerinteressenten zunächst selbst einmal unter sich einigen. Diese Einigung fehlt noch vollständig und wenn wir eine Abstimmung veranstalten wollten, so würde heut zu Tage das Ergebniß sein, daß sich die Majorität entschieden nicht für die Gewährung der billigen Export-Tarife entschiede. (Zuruf links: Warum?) Sehr einfach, weil dadurch die begünstigten Regionen der Zuckererzeugung solche Vortheile erlangen würden, daß die minder begünstigten dadurch ganz brach gelegt würden. Süddeutschland steht wie ein Mann gegen diese Exportermäßigungen, und ein großer Theil Preußens ebenfalls. Die Sache ist also nicht so einfach. Ich halte es für meine Pflicht und werde immer bestrebt sein, der Landwirthschaft in ihren schweren Zeiten beizustehen, soweit wie irgend möglich; aber ich kann nur wiederholen: Die Landwirthe mögen nicht vergessen, daß sie auf diesem Erdenrund nicht allein stehen, sondern daß es auch berechtigte wirthschaftliche Interessen anderer Leute giebt, die berücksichtigt werden müssen. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Hodenberg** (Welfe): Die Aufhebung des Verbindungsverbots hat keinen großen Eindruck auf uns gemacht, da wir nicht wissen können, mit welchem neuen Vereinsgesetz der preußische Landtag beglückt wird. Was die Frage der Ministerverantwortlichkeit betrifft, so sind wir der Meinung, daß es Aufgabe des Königs ist, das Schwert zu führen und über die Ausführung der Gesetze zu wachen. Auf ein verkehrtes Gebiet aber begiebt er sich, wenn er als Vater des Vaterlandes das Werkzeug der Vorsehung spielt, sei es auch in der vollsten idealsten Ueberzeugung, das Glück seiner Unterthanen zu fördern. In einem solchen Beginnen liegt eine große Gefahr; so lange sich der Erfolg an seine Fahne knüpft, geht die Sache gut, tritt aber einmal das Gegentheil ein, so entstehen große Gefahren und die Volksstimme macht dem Monarchen schwere Vorwürfe. Macht sich dann in solchen schweren Zeiten der Haufe der elenden Schmeichler breit, die auch in unserer Zeit nicht fehlen, so wissen wir ja aus der Geschichte, was das für üble Folgen hat. Wir wissen ja, wer in solchen Zeiten die Stützen der Krone sind. Die Sympathien für die Boeren theilen wir. Ich freue mich aber, daß hier im Parlament nicht eine solche Hetze gegen England getrieben ist, wie in einem Theil der Presse und in gewissen Volksversammlungen. Die Sympathie für die Boeren in bei mir schon deshalb vorhanden, weil die Politik Chamberlains genau dieselbe ist, mit der Fürst Bismarck unter Verletzung von Bundesverträgen über Bundesgenossen verfiel und ihnen ihre Selbständigkeit nahm, eine Politik, die nicht sympathischer wird dadurch, daß sie unter der Firma der Einigung Deutschlands ging. Fürst Bismarck war kein Freund der Kolonialpolitik, er hat sich in die Kolonialpolitik erst hineintreiben lassen. Die Flottenrüstung ist der reine Hohn auf die Friedensidee des russischen Herrschers. Graf Bülow ruft uns zu, wir sollen nicht aus angeborener Bescheidenheit bei Seite stehen. Bescheidenheit besteht aber darin, daß man sich nicht in fremde Angelegenheiten hineinmischt. Eine starke Flotte jedoch verleitet dazu und ruft Mißtrauen des Auslandes wach. Darum sehen wir in der Flottenvorlage eine Gefahr für Deutschland.

Abg. Graf **Klinckowström** (kons.): Ich will nur mit wenigen Worten auf die Erklärung eingehen, die Graf Limburg Namens meiner Freunde an den Reichskanzler gerichtet hat. Nicht etwa wegen der Angriffe des Herrn Richter, denn die haben keinen Eindruck auf mich gemacht, die haben uns nur amüsirt, sondern wegen der gestrigen, durch gesperrten Druck als offiziös gekennzeichneten Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg." Ich kann zu meiner Freude hier erklären, daß diejenige Auffassung, die danach bei den verbündeten Regierungen herrscht, eine total andere ist, als die des Herrn Richter. Der erste Absatz der offiziösen Erklärung lautet: „Ob mit dieser Erklärung ein praktischer Zweck hat verfolgt werden sollen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls können wir nicht annehmen, daß mit derselben eine Erschütterung der Stellung des Reichskanzlers beabsichtigt worden sei, da die Stellung der Staatsmänner in Preußen und Deutschland von ihrem Verhältniß zu einer einzelnen Partei nicht abhängt. Auch würde die entgegengesetzte Auffassung gerade den konservativen Grundsätzen durchaus widersprechen."

Damit sind wir vollständig einverstanden, wir haben niemals die Absicht gehabt, die Stellung des Reichskanzlers zu erschüttern. Wir erkennen voll und ganz an, daß der Krone allein das Recht zur Ernennung und Entlassung von Ministern zusteht und daß keine Partei sich da einzumengen hat. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben auch nicht den Zweck verfolgt, den Reichskanzler persönlich zu treffen, wir haben nur geglaubt, unsere Pflicht zu erfüllen, wenn wir hier die Erklärung abgaben, daß wir in den wichtigsten innerpolitischen Fragen mit den Auffassungen des Reichskanzlers nicht übereinstimmen. Der zweite Satz lautet:

„Andererseits muß die Befürchtung, daß das sachliche Verharren der konservativen Partei zu den politischen Fragen durch die Gestaltung ihres Verhältnisses zu einzelnen Staatsmännern beeinflußt werden könnte, im Hinblick auf den bewährten Patriotismus dieser Partei weit von der Hand gewiesen werden."

Auch hier kann ich nur sagen: Es ist vollkommen richtig. Die konservative Partei wird sich nie fragen, von wem kommt eine Vorlage, sondern welches ist der Inhalt derselben, und nach ihrem Inhalt werden wir Stellung dazu nehmen. Ich hoffe aber, daß diejenige Anerkennung, die uns bei dieser Gelegenheit ausgesprochen ist, auch nicht ausbleiben wird, wenn wir aus denselben sachlichen Gründen Vorlagen der verbündeten Regierungen ablehnen. Möge man doch überhaupt das ganze Wesen der konservativen Partei besser verstehen lernen als bisher! (Sehr wahr! rechts.) Dann wird man auch in der Lage sein, unser Thun gerechter zu beurtheilen als bisher. Daran ist nun einmal nicht mehr in Deutschland zu rütteln: Die konservative Partei ist durchaus selbständig und wird unter allen Umständen selbständig bleiben (Beifall rechts), selbstständig sowohl nach oben wie nach unten. Dabei wird jedes Mitglied der Partei — und das sage ich Herrn Richter — auch die Landräthe, welche in den Parlamenten sitzen, jederzeit bereit sein, Opfer zu bringen, seien es auch die allerschwersten. (Beifall rechts.) Die konservative Partei wird unter allen Umständen nur von dem obersten Grundsatz geleitet, das Gesammtwohl über das Wohl der Partei zu setzen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Hasse** (nl.): Die Hamburger Versammlung mit dem Protest gegen die Reise des Kaisers nach England hat, wie ich wiederholt betont habe, mit dem Alldeutschen Verbande absolut nichts zu thun. In Deutschland ist es ja nicht Sitte, so offen über ausländische Verhältnisse zu sprechen. Das ist eine Folge des Verhaltens des Fürsten Bismarck, ich stehe nicht an dies offen auszusprechen, denn wo viel Licht ist, ist auch, viel Schatten. Aber gewisse Ereignisse, unter dem Kanzler Caprivi veranlassen uns doch, offener über auswärtige Politik zu reden. Der Abg. Richter hat dann die Flottenprofessoren abgekanzelt. Ich spreche nicht pro domo, denn ich bin nur im Nebenamt akademischer Lehrer. Aber ich muß doch sagen, daß die deutschen Professoren sich ohne Interessenpolitik und ohne Servilismus öffentlichen Dingen nur dann widmen, wenn sie es für ihre patriotische Pflicht halten. Graf Bülow sagte, man könnte nicht mit der Cigarre im Munde Weltpolitik treiben. Ich weiß nicht, wen er damit gemeint hat. (Gelächter.) Mich jedenfalls nicht, denn ich bin Nichtraucher. (Große Heiterkeit.) Ich meine aber, man muß auch die Thätigkeit der Männer der stillen Studierzimmer nicht mißachten. Ueber unsere Kolonialpolitik will ich mich nicht weiter äußern, ich meine jedoch, man sollte endlich vom Wägen zum Wagen übergehen. Die Landkonzessionen sind in der Kolonialpolitik nöthig, aber es kommt hierbei auf das Wie an. Man darf doch keine Verträge schließen, die dem Reiche alle Lasten aufbürden. Die Presse kennt die Verhältnisse sehr wenig, so hat sie die jetzt abgeschlossenen Nordwest-Kamerun-Konzessionen mit der im vorigen Jahre schon besprochenen Süd-Kamerun-Konzession verwechselt. Was ich an der Nordwest-Kamerun-Konzession besonders bemängele, ist ihr riesenhafter Umfang von 8 Millionen Hektar, d. h. einen Landkomplex von der Größe des Königsreich Baiern. Im seltsamen Gegensatz zu der Größe des Landkomplexes steht die Kleinheit der aufzunehmenden Mittel von 4—10 Millionen. Was kann man mit so kleinen Mitteln bei so großen Ländereien machen? Auch sind die Aktionäre keine bindenden Verpflichtungen eingegangen. Und dabei hat die Regierung sich für 50 Jahre alle Rechte auf diese Ländereien begeben. Die Konzession ist überhaupt eine lex imperfecta, denn es ist nicht gesagt, was geschehen soll, wenn die Gesellschaft ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Auch ist keine Vorsorge getroffen, daß die Aktien nicht zu Spekulationszwecken ausgebeutet werden. Das Nähere werde ich in der Kommission vorbringen, ich habe heute nur das Wort genommen, weil es heißt, daß noch andere Konzessionen in der Weise ausgegeben werden sollen. Wir wollen aber nicht, daß unsere Kolonien an wenige Gesellschaften ausgetheilt werden. In der Flottenfrage erfüllt es mich mit Befriedigung, daß das jetzt auch von amtlicher Seite vertreten wird, wofür wir so lange gekämpft und auch viel Hohn und Spott geerntet haben.

Ein großes Kulturvolk wie das deutsche kann sich nur dann ausdehnen, wenn es sich die nöthigen Organisationen dazu schafft. Wenn wir es nicht thun, thun es andere. Wir müssen daran festhalten, daß die Theilung der Welt niemals aufhört, deshalb ist es nothwendig, um noch ein Stück von dem Kuchen zu erhalten, uns auf diese Theilung vorzubereiten. Hammer wollen wir sein! (Beifall.)

Kolonialdirektor Dr. **von Buchka:** Ich kann nicht annehmen, daß das Haus bei dieser vorgerückten Stunde (es ist 6½ Uhr) und bei der Besetzung (es sind etwa 30 Abgeordnete anwesend) noch den Wunsch einer ausführlichen Erörterung hegt. Deshalb will ich mich kurz fassen. Die Konzessionspolitik, die ich befolgt habe, besteht darin, das Großkapital nach den Kolonien zu führen, weil dadurch die Hinterländer aufgeschlossen werden und eine bessere Gewähr für eine gedeihliche Entwickelung der Kolonien geschaffen wird, als es auf anderem Wege möglich ist. Das Land, das wir der Gesellschaft überlassen haben, ist jetzt noch gar nichts werth, es wird erst etwas werth durch die Aufwendungen, die die Gesellschaft dafür macht. Der Gesellschaft sind große Aufgaben gestellt, vor Allem soll sie den Verkehr nach Kamerun ziehen und die Kultivirung des Landes vornehmen. Die Konzessionäre sind nicht nur an die Konzession gebunden, sondern auch an die Allerhöchste Verordnung vom 15. Juni 1896 über Schaffung und Veräußerung von Kronland. Hierdurch sind auch den Eingeborenen gewisse Reservatrechte vorbehalten. Ich glaube nicht, daß es dem Herrn Vorredner möglich ist, so viel Kapital, wie es die Gesellschaft aufwenden will, zusammenzukriegen. Denn wenn das Kapital sich den Kolonien zuwendet, dann verlangt es auch Bewegungsfreiheit. Ich erkenne gerne an, daß der Vorredner in maßvollen Worten gesprochen hat. Aber ich werde mich auch durch persönliche Angriffe und Verdächtigungen, wie sie in der Presse erschienen sind, nicht abhalten lassen, meine Pflicht zu thun.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Ich bedauere es, so spät noch sprechen zu müssen, aber ich konnte mich nicht streichen lassen, da ich meine Partei zu vertreten habe. Die Fürsorge, die die Regierung den Arbeitern zuwenden will, muß allen arbeitenden Klassen zu Gute kommen. Bei der Zuchthausvorlage haben wir uns nicht getrennt, wir haben alle dagegen gestimmt, weil wir darin eine Waffe gegen die Sozialdemokratie nicht erblicken konnten. Jetzt nach Aufhebung des Verbindungsverbots müssen alle Parteien Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bilden. Ein gutes Mittel dazu wäre die Wahlpflicht, die die Reserven an die Urne führt. Meine Freunde werden der Flottenverstärkung zustimmen. Wenn auch durch die Agitation für die Flotte viel verdorben ist, so herrscht im Volke doch großes Verständniß für die Flotte. Man konnte nichts Schlechteres thun, als eine Persönlichkeit zum Flottensekretär zu machen, die jetzt ja zum Glück von allen Parteien abgestoßen ist. Das Herrn Schweinburg stammverwandte „Kleine Journal" sagte freilich, er könne nicht abgethan werden, da er zu viel wisse. Aber ich hoffe, daß, wenn er nochmals an der Thür zur Regierung horcht, die Thür dann so stark, natürlich nach außen (Heiterkeit) aufgemacht wird, daß er dahin befördert wird, wohin er gehört. (Heiterkeit.) Unser Heer ist hauptsächlich ein Landheer, deshalb muß die Regierung für den Bauernstand sorgen. Ohne starke Flotte aber ist Deutschland in der Zukunft nicht denkbar. Deutschland muß das Erbe der Wickinger antreten, die Zukunft unseres Volkes liegt auf dem Wasser. Um neue Einnahmen zu schaffen, werden wir schließlich doch zu einer Reichseinkommensteuer kommen müssen. Samoa verdanken wir nur den Siegen der Boeren und schon deshalb müssen wir den Boeren unsere Sympathien zuwenden.

Redner verbreitet sich zum Schluß über den Niedergang des Mittelstandes und beklagt die verschiedenartige Handhabung des Ausweisungsgesetzes, unter Anführung eines Spezialfalles. Er bittet endlich die Regierung, dafür zu sorgen, daß deutsche Namen nicht vogelfrei sind, wie u. a. der Fall Levy von Halle beweise. Jeder Mensch müsse doch ein Recht auf seinen Namen haben. Mindestens aber sollten Regierungspräsidenten, die den Juden erlauben, deutsche Namen anzulegen, verpflichtet sein, den Namen der betreffenden Juden anzunehmen, z. B. Schmul von Schmul (Heiterkeit).

Abg. **v. Kröcher** (kons.): Ich bin im Gegensatz zu dem Grafen Posadowsky thatsächlich der Ansicht, daß die Regierung vor den Sozialdemokraten Komplimente gemacht hat. Die Aufhebung des Verbindungsverbots z. B. war ein solches Kompliment. Ueberrascht hat mich auch die offizielle Erklärung, daß die Regierung nicht im Stande sei, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Dem Sinne nach hat der Staatssekretär das gestern gesagt. Ferner hat der Staatssekretär ironisch geäußert, er würde sich freuen, wenn der starke Mann, der die Sozialdemokratie erwürgen könne, sich auf seinen Platz setze. Wir haben solche starke Männer thatsächlich; um gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, kommt es in erster Linie auf den Willen an. Die Regierung muß in ernsten Zeiten, wie den unsrigen, die Nerven bis zum äußersten anspannen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowski:** Wenn ich dem Vorredner jetzt nicht antworte, so geschieht es, weil das Haus bald schließen will. Ich behalte mir aber vor, bei der zweiten Lesung meines Etats darauf zurückzukommen.

Abg. Dr. **Oriola** (nl.): Die Frage des Abg. Rösicke, ob auch die Mitglieder der national-liberalen Partei, die dem Bunde der Landwirthe angehören, das Vertrauensvotum des Herrn Dr. Sattler für den Reichskanzler unterschrieben, beantworte ich mit: Ja! Dadurch wird allerdings unsere Stellung zu wirthschaftlichen Fragen in keiner Weise präjudizirt.

Damit schließt die Debatte.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Bebel (Soz.), Dr. Rösicke (Vd. d. L.) und Richter (fr. Vpt.) werden in üblicher Weise die einzelnen Theile des Etats an die Budgetkommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 9. Januar 1900, 2 Uhr Nachm. (Zweite Lesung der Reichsschuldenordnung, Rechnungssachen, Wahlprüfungen, Petitionen.)

Um 7¼ Uhr schließt der Präsident Graf **Ballestrem** die Sitzung, indem er den Abgeordneten ein fröhliches Weihnachtsfest und ein segensreiches neues Jahr wünscht. (Beifall.)

Kunstgewerbeschule-Neubau in Karlsruhe.
Gipser- und Kunstschmiedearbeiten.

Die **Verputzarbeiten** im Innern und am Aeußern des genannten Baues, sowie zwei größere, zweiarmige **Stocktreppen**, jede durch drei Stockwerke gehend, Konstruktion aus Guß- und Schmiedeeisen gemischt, mit reicheren Schmiedeeisengeländern u. s. w. sind zu vergeben.

Die Verzeichnungen und die Details in Naturgröße können zu den üblichen Bureaustunden beim Sekretariat der Baudirektion eingesehen werden, woselbst auch die Angebotsformulare und Arbeitsbedingungen erhoben werden können. Die Angebote sind schriftlich bis

Samstag den 30. Dezember, vormittags 11 Uhr,

bei Großh. Baudirektion einzureichen, zu welcher Stunde die Submissionsverhandlungen eröffnet werden. 6619.3.2

Karlsruhe, 10. Dezember 1899.

Großh. Baudirektion:
Dr. Josef Durm.

Martin.

1. Badisches Feldartillerie-Regiment Nr. 14.

Das Regiment wird am **21. Januar 1900** die

50jährige Wiederkehr seiner Gründung

feiern. Es werden ersucht:

1. alle Unteroffiziere, Trompeter und Mannschaften, welche bei Gründung des Regiments im Jahre 1850 in demselben gestanden haben,
2. alle Unteroffiziere und Trompeter, welche die Feldzüge 1866 und 1870/71 beim Regiment mitgemacht haben,
3. diejenigen Unteroffiziere und Trompeter, welche seit dem Jahre 1850 im Regiment gestanden, in demselben 12 Jahre gedient haben und gegenwärtig in Karlsruhe leben

und an der Feier teilzunehmen wünschen, ihre genaue Adresse (mit Angabe der früheren Charge und Batterie) **bis 20. ds. Mts.** an das Geschäftszimmer des Regiments einzusenden, worauf weitere Einladung erfolgen wird.

☞ **Das Regiment bittet um möglichste Verbreitung dieser Nachricht.** 6759.3.3

Offiziers-Portemonnaie,
flach, bequemes Tragen in der Tasche, 4 Tresors, worunter 3 besondere Verschlüsse haben
Chagrin-Saffian Leder . . . Mk. 3.
Echt Juchten oder Seehund Mk. 4.
Porto 20 Pf. Nachnahme 20 Pf. extra.
J. Hurwitz,
Berlin SW., Kochstrasse 19.
6024.5.5

Bienen-Blütenhonig
(hell und dunkel, 1-90er Crate), 8½ Pfd. fr. Nachn. M. 8,80. **Bienenzuchtverein Emmendingen.** 6655.10.5

A. Axtmann,
Friedrich Schäfer Nachfolger,
Weinhandlung,
Karlsruhe i. B., Adlerstr. 35
empfiehlt gut gebaute
Markgräfler und Kaiserstühler
Weine
aus den Jahrgängen 1895, 96 u. 97 zum Preise von **50, 60, 70 u. 80 Pf.** per Lit., in Gebinden von 20 Liter aufwärts. 5530.12.10
Proben gratis.

Feinste Tafelbutter,
netto 9 Pfund für 11,60 Mk., einschl. Porto u. Verpackung liefert gegen Nachnahme die **Dampfmeierei des Rittergutes Sechserden**, Bez. Kgb., Pr. 6756.3.2

Reiche und glückliche
Heiraten
vermittelt bei sicherem Erfolg 6384.5.5
C. Ochel, Düsseldorf.